

Wolfram Fischer / Rainer Hohlfeld / Peter Nötzoldt

Die Berliner Akademie in Republik und Diktatur

Die Frage nach der schwindenden Bedeutung der Berliner Akademie im deutschen Wissenschaftssystem des 20. Jahrhunderts schält sich in vielen Beiträgen des Bandes als die Schicksalsfrage ihrer Geschichte heraus. Und dies blieb auch in der zeitgenössischen Öffentlichkeit nicht unbemerkt. So schien die Frage nach der Bedeutung der Berliner Akademie auch jenen Redakteur der „Frankfurter Zeitung“ umzutreiben, der nach dem Leibniztag 1939 in einem Leitartikel über deren verbliebene Funktionen räsonierte.¹ Aufgezählt wurden die bestehenden Forschungseinrichtungen wie die KWG, in der „ausgezeichnete Gelehrte die Erkenntnis weitertreiben“, die aus der Notgemeinschaft hervorgegangene Deutsche Forschungsgemeinschaft, der Reichsforschungsrat, der für Prioritäten und Lenkung zuständig sei, die Hochschulen und Universitäten, die weit mehr darstellten als reine Lehranstalten: Sie alle machten durch ihre Tätigkeiten und Leistungen ihre Berechtigung und Funktion einsichtig.

„Wie aber steht es mit den Akademien und gelehrten Gesellschaften? Sind es jene Monumente und Vocabularia, welche die besondere Domäne und also auch den eigentlichen Legitimationsgrund der Preussischen Akademie ausmachen? Gewiß gibt es kein anderes Institut, das so still und so imponierend zugleich die Kontinuität der Wissenschaft über den Tod der einzelnen Gelehrten hinaus – das ‚ars longa, vita brevis‘ – verwirklichte wie sie: Wie viele Herausgeber und Mitarbeiter hat nicht das Grimm'sche Wörterbuch schon gehabt, verloren und gewonnen und noch immer ist es nicht ganz abgeschlossen! Gleichwohl, wenn diese Akademie selbst niemals eine Ausgabe veranstaltet, wenn sie selbst niemals eine derart greifbare Leistung vollbracht hätte, so bliebe doch ihre eigenste, innerste und wichtigste Aufgabe bestehen: durch ihr Dasein, durch die Wahl ihrer Mitglieder, durch die Verleihung ihrer Medaillen und Preise und auch durch die derart stets erneuerte Dauer ihrer Anstalt, die allen kürzeren, rascheren, aktuellen wissenschaftlichen Tätigkeiten einen Grund und Hintergrund, Zuversicht und Vertrauen verleihen kann, Maßstäbe zu setzen: Denn ohne eine solche maßstäbliche Instanz oder Vereinigung [...] müssen sich kurz oder lang auch die einzelnen geistigen Leistungen verwirren, muß das System auseinanderfallen.

¹ „Maßstäbe“, in: „Frankfurter Zeitung“, 9. Juli 1939.

Noch in der letzten Volksschule wird es einmal zu merken sein, ob es im Lande eine Akademie gibt oder nicht. Es gibt Akademien!“

Im folgenden wollen wir die im Leitartikel aufgeworfenen Fragen als Anlaß zu einem Resümee nehmen, das dem Bedeutungswandel und dem Funktionsverlust der Akademie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nachgeht, indem wir uns (1) der Akademie als maßstabsetzender Repräsentationsinstanz der Wissenschaft zuwenden, (2) der Frage nach den genuinen wissenschaftlichen Leistungen der Akademie aufwerfen, (3) untersuchen, inwieweit sich die Akademie ihre wissenschaftlichen Freiräume bewahren konnte oder sich „politisieren“ ließ und (4) resümieren, inwieweit sie sich von den konkurrierenden wissenschaftlichen Großorganisationen Universitäten und KWG den Rang ablaufen ließ.

In den Abschnitten „Finanzen“ und „Wissenschaftssystem und Staat“ dieses Schlußkapitels werden unter ordnungspolitischer Perspektive noch einmal die zentralen Fragen nach politischer Bevormundung und wissenschaftlicher Autonomie der Akademie aufgegriffen.

Die Akademie im Wissenschaftssystem

1. Repräsentation der Wissenschaftsentwicklung in der Akademie

In wesentlichen Bereichen der naturwissenschaftlichen Forschung nahm die Akademie an den theoretischen und experimentellen Entwicklungen durch die Diskussionen, Debatten und Vorträge ihrer Mitglieder teil, so daß sie in der Regel synchron zur Wissenschaftsentwicklung über die „Fronten“ der Forschung im Bilde war. Durch Besetzung der freien Fachstellen und der KM-Stellen mit Vertretern neu entstandener Disziplinen wie Quanten-, Atom- und Astrophysik, Kernchemie, physikalische Chemie, Biochemie, Genetik, Entwicklungsphysiologie konnte sie der Differenzierung und Spezialisierung der Naturwissenschaften im Prinzip, wenn auch mit einer gewissen Zeitverzögerung, Rechnung tragen.

Der Siegeszug der Naturwissenschaften zur Jahrhundertwende und die pragmatische Wende von der „reinen“ Wissenschaft zu einem instrumentellen Wissenschaftsverständnis, welches sich gegenüber einer Kooperation mit der Industrie aufgeschlossen zeigte, erfolgte in der Akademie weiterhin jedoch nur zögerlich. Das zeigte sich in der Weigerung der Akademie, den angewandten und „unreinen“ Fachgebieten wie Technik und Medizin in der Gelehrtenengesellschaft eine Heimstatt zu geben. Noch 1922 lehnte die Akademie die Einrichtung einer eigenen Klasse Technikwissenschaften als unter der Würde einer Gelehrtenengesellschaft liegend ab, denn Technik sei doch kaum mehr als „reine Anwendung von Wissenschaft“, ohne eine eigene theoretische Leistung.²

In den dreißiger Jahren war jedoch die Repräsentanz dieser Fächer in der Akademie kaum noch aufzuhalten. Auch hier versuchte die Akademie stets, die wissenschaftliche Begabung und das „umfassende Wissen“ des zu Berufenden in den Vordergrund zu stellen.³

² Vgl. den Beitrag von Peter Nötzoldt in diesem Band.

³ Vgl. die Beiträge von Jonathan Harwood und Burghard Ciesla in diesem Band.

Mit der Differenzierung der Naturwissenschaft in Spezialfächer und „angewandte“ Wissenschaft ging die Entstehung einer neuen wissenschaftlichen Rolle einher, die Rolle des Spezialisten. Im Unterschied zum humanistisch gebildeten „Mandarin“ konzentrierte der Spezialist sich ganz auf sein Fachgebiet, strebte keine umfassende wissenschaftliche und humanistische Bildung im Sinne eines „Generalisten“ mehr an, stammte eher aus dem Besitzbürgertum und hatte eine Oberrealschule besucht. Der Chemiker Emil Fischer stellte in dieser Beziehung einen Prototyp dar. Dieser Typus des Spezialisten oder „Experten“ war hauptsächlich in der KWG vertreten und bestimmte wesentlich das Selbstverständnis dieser Institution, während die Akademie weiterhin die Heimat der „Mandarine“ blieb. Von 1900 bis 1938 ist hier keine signifikante Veränderung im Sozialprofil der Akademiemitglieder beider Klassen anhand der Indikatoren „soziale Herkunft“ und „Schulbildung“ zu erkennen. Eine Recherche in der prosopographischen Datenbank der Akademiemitglieder zeigt, daß die Herkunft aus dem Bildungsbürgertum und der Besuch des humanistischen Gymnasiums in beiden Klassen gleichbleibend dominant bleibt (vgl. Tabelle), während in der KWG das Herkunftsprofil des „Experten“ deutlich zu überwiegen scheint, auch wenn dies weiterer prosopographischer Bestätigung bedarf.⁴

Soziale Herkunft der Akademiemitglieder

	Physikalisch-mathematische Klasse		Philosophisch-historische Klasse	
	1900 (26 OM)	1938 (44 OM)	1900 (28 OM)	1938 (36 OM)
adlige Oberschicht	0 %	0 %	3,6 %	0 %
Besitzbürgertum	15,4 %	15,9 %	7,1 %	11,1 %
Bildungsbürgertum	42,6 %	52,3 %	64,3 %	58,3 %
alter Mittelstand	23,1 %	25,0 %	10,7 %	22,2 %
neuer Mittelstand	3,8 %	0 %	0 %	0 %
freie Berufe	3,8 %	6,8 %	10,7 %	5,6 %
Unterschicht	0 %	0 %	0 %	0 %
unbekannt	11,5 %	0 %	3,6 %	2,8 %

Schulbildung der Akademiemitglieder

	Physikalisch-mathematische Klasse		Philosophisch-historische Klasse	
	1900 (26 OM)	1938 (44 OM)	1900 (28 OM)	1938 (36 OM)
humanist. Gymnasium	65,4 %	77,3 %	100 %	97,2 %
Oberrealgymnasium	7,7 %	20,5 %	–	–
unbekannt	26,9 %	2,3 %	–	2,8 %

⁴ Vgl. Harwood, ebd., S. 159. Leider liegt bisher keine Datenbank zum Sozialprofil der KWG-Mitglieder vor, so daß die bisherigen Kontrastierungen (noch) auf einer sehr dünnen empirischen Basis beruhen.

Die Akademie trug der Differenzierung in Spezialfächer insoweit Rechnung, als sie Vertreter dieser Fächer zwar berief, aber sorgfältig darauf achtete, daß sie wenigstens durch den Typus des „Generalisten“ vertreten wurden. Bei den Biologen läßt sich das in den Wahlanträgen sowie in den Antrittsreden und deren Erwidern durch die Sekretare nachvollziehen.⁵

In die Philosophisch-historische Klasse wurden nach wie vor anerkannte Wissenschaftler gewählt, in der Regel Männer, die die „Gesamtheit“ ihres Faches repräsentierten. Ähnlich wie die Definition der Lehrstühle sich lange einer Differenzierung sperrte und eher Parallel-Lehrstühle eingerichtet wurden, als Subdisziplinen als „lehrstuhlwürdig“ anzuerkennen, blieben die Akademiker der Klasse Generalisten. Neu war die Vertretung der Slavistik durch den Berliner Ordinarius Max Vasmer (OM 1931), und nur die Zuwahl des vormaligen Ministerialdirektors im Auswärtigen Amt, Friedrich Stieve, als Historiker (OM 1942) befremdet angesichts der Auswahl unter Historikern, die die Akademie hätte treffen können. Für die neue politische Loyalität entscheidend war der im Vergleich zu den Hochschulen späte „Pairsschub“ von 1939, der aber keinerlei Einschränkungen an fachlicher Kompetenz beinhaltete.⁶

2. Eigene Forschungen und wissenschaftliche Vorhaben der Akademie

Der Versuch, die Akademie über Statutenänderung und Zuwahlpolitik zu „nazifizieren“⁷, hatte auf die Forschung so gut wie keinen Einfluß. Das wissenschaftliche Leben in der Akademie ging weiter, wenn auch im Schatten der KWG, die in den Naturwissenschaften in den zwanziger und dreißiger Jahren zum Leistungsträger der experimentellen Forschung in Deutschland avancierte. Einerseits versuchte die Akademie in den Naturwissenschaften, bereits angelaufene und bestehende Projekte wie „Die Geschichte des Fixsternhimmels“,

⁵ Das gilt insbesondere für Hartmann, von Wettstein, Goldschmidt, Kühn; vgl. die Beiträge von Jonathan Harwood und Rainer Hohlfeld in diesem Band.

⁶ Pairsschübe hatten in Berlin Tradition: 1930/31 war es in der Preußischen Akademie der Künste zu einer Pattsituation zwischen den „Modernen“ und den „Völkischen“ gekommen. Auf Drängen von Thomas Mann gelang es dem Akademiepräsidenten Max Liebermann in Zusammenarbeit mit Kultusminister Adolf Grimme, die völkische Fraktion, die zum Teil austrat, zurückzudrängen, und dreizehn neue Mitglieder, darunter Ernst Ludwig Kirchner, Erich Mendelsohn, Ludwig Mies van der Rohe und Emil Nolde, letzterer Nationalsozialist und später verfemter und verbotener Künstler, zuzuwählen. 1933 wurde in die personelle Zusammensetzung der Akademie der Künste massiv eingegriffen, insbesondere die Sektion Dichtung als Deutsche Akademie der Dichtung völlig nazifiziert. Im Juli 1937 hatte Reichsminister Rust 41 Künstler, darunter Arno Breker, Gerhard Marcks, Albert Speer und Wilhelm Furtwängler, zu neuen Akademiemitgliedern ernannt, ein Schritt, den er unter dem Druck von Goebbels, der nämlich mehrere der frisch Ernannten in seine Ausstellung „Entartete Kunst“ aufnehmen ließ, nach drei Tagen widerrief; vgl. Stiftung Archiv der Akademie der Künste, „... und die Vergangenheit sitzt immer mit am Tisch“, S. 33f. und Kampe, „Editorisches Nachwort“, S. 356–358.

⁷ Vgl. den Beitrag von Peter Th. Walther in diesem Band.



*Die vier Sekretäre der Preußischen Akademie der Wissenschaften, 1932,
von links: Heinrich Lüders, Ernst Heymann, Max Planck und Max Rubner
© Ullstein Bilderdienst*

„Das Tierreich“, „Das Pflanzenreich“ oder die Karl-Weyerstraß-Gesamtausgabe⁸ als deskriptiv-systematische, ordnende und editorische Arbeiten mit unterschiedlichem, angesichts der Fortdauer des Krieges abnehmendem Erfolg weiterzuführen. Andererseits versuchte sie auch neue Wege zu beschreiten, wie in der Auswertung und Herausgabe der Forschungsergebnisse der Atlantikreisen der „Meteor“ in den zwanziger und dreißiger Jahren oder mit der Einrichtung der Arbeitsgemeinschaft für Evolutionsforschung. Mit der 1938 etablierten „Ernst-Solvay-Forschungsstelle“ verstand es die Akademie zudem, externe Ressourcen (Stiftungsgelder und Infrastrukturen von KWG- und Universitätsinstituten) für experimentelle physikalische Forschungen zweier ihrer Mitglieder, Peter Debye und Hans Geiger, zu mobilisieren. Das Bild von der in der naturwissenschaftlichen Forschung sich nur passiv verhaltenden Akademie muß zumindest relativiert werden.⁹

Es zeigt sich jedoch auch, daß die Akademie erfolgreiche Unternehmungen nicht weiterführen konnte, wenn sie militär- bzw. rüstungstechnisch relevant wurden. So stellte z. B. die von der Akademie 1931 eingesetzte „Kommission für die Klimakunde von Deutsch-

⁸ Vgl. Grau/Schlicker/Zeil, *Akademie im Imperialismus III*, S. 296f.

⁹ Vgl. den Beitrag von Rainer Hohlfeld in diesem Band.

land“, die eine Neubearbeitung des vergiffenen „Klimaatlas von Deutschland“ von 1921 anstrebte und mit dem Preußischen Meteorologischen Institut zusammenarbeitete, ihre Tätigkeit ein, als das Institut geschlossen wurde und die meteorologische Forschung in die Zuständigkeit des Luftfahrtministeriums überführt wurde.¹⁰ Ein ähnliches Problem war ja auch schon bei der Auswertung und Publikation der Ergebnisse aus der ozeanographischen Forschung aufgetreten.

In der Philosophisch-historischen Klasse wurden in den bestehenden Kommissionen im großen und ganzen längst festgeschriebene Programme abgearbeitet. Einschnitte gab es bei den Acta Borussica erst durch die Entlassung der „Nichtarier“, dann durch die Einberufung der neuen Mitarbeiter, sowie bei einzelnen Spezialwörterbüchern, für die man keine qualifizierten Mitarbeiter finden konnte bzw. sobald diese Mitarbeiter einberufen wurden. Die Jahresberichte über die Arbeit der Kommissionen in den Jahrbüchern von 1942 und 1943 lesen sich über weite Passagen als Feststellungen, daß die „Arbeit ruht“, daß die „Arbeit unterbrochen“ oder die „Druckerei vernichtet“ sei oder daß „kriegerische Ereignisse einen großen Teil des Materials unzugänglich“ machten. Und immer häufiger ersetzen Nachrufe auf Nachwuchswissenschaftler den Bericht der Unternehmungen und Kommissionen.

Während die Programme der meisten akademischen Unternehmungen der Philosophisch-historischen Klasse politikresistent waren und blieben, konnten sich andere definitionsgemäß dem Zeitgeist nicht verwehren. So wurde im Deutschen Wörterbuch unter „System“ auf Platon und Dahlmann zurückgegriffen, aber eben auch auf Goebbels' Begriff der „Systemzeit“ für die Weimarer Republik verwiesen.¹¹

3. Die Akademie und die „politisierte“ Wissenschaft ihrer Mitglieder

Unter „politisierter“ Wissenschaft soll eine Wissenschaft verstanden werden, die in ihren wissenschaftlichen Grundlagen und in ihrer Orientierung – im Widerspruch zum immer wieder reklamierten wissenschaftlichen Selbstverständnis der Akademie – die Norm wissenschaftlicher Neutralität oder Unparteilichkeit verletzte und sich zum ideologischen oder instrumentellen Erfüllungsgehilfen staatlicher Politik machte. Darunter soll jedoch nicht verstanden werden, wenn Akademiemitglieder sich in anderen als ihrer wissenschaftlichen Rolle vor den Karren der Politik spannen ließen. Dieser Punkt wird im letzten Abschnitt diskutiert. Die Akademie war mit dem Problem politisierter Wissenschaft in mehrfacher Hinsicht konfrontiert: Zum einen durch die Berufung oder Nicht-Berufung von Wissenschaftlern, die sich einer politisierten Wissenschaft verschrieben hatten und die durch die Würde ihrer Mitgliedschaft in der Akademie gleichsam auch ihre wissenschaftlichen „Leistungen“ akkreditiert bekamen. Zum anderen durch politisierte wissenschaftliche Unternehmen der Akademie selbst.

¹⁰ Vgl. Grau/Schlicker/Zeil, *Akademie im Imperialismus III*, S. 306.

¹¹ *Grimms Deutsches Wörterbuch*, 10. Band, 4. Abt., Leipzig 1942, Sp. 1439f.

Zur ersten Gruppe zählten zweifelsohne die „Deutsche Mathematik“ und die „Deutsche Physik“. Dabei handelte es sich um eine naiv-realistische Interpretation von Physik und Mathematik, die einer spekulativen, „nicht-arischen“, nicht auf Tatsachen beruhenden Wissenschaft eine klare Absage erteilen wollte.¹² Es gelang 1934 den Physikern, vor allem durch das entschiedene Auftreten Max von Laues, die Zuwahl des politisch favorisierten Physik-Nobelpreisträgers Johannes Stark und mit ihm die Anerkennung der „Deutschen Physik“ durch die Akademie zu blockieren, da sie um den wissenschaftlichen Ruf der Akademie fürchteten.

Gegenüber anderen Disziplinen war das Verhalten der Klassen und des Plenums jedoch weitaus inkonsequenter. So erhielten der Agrarwissenschaftler Konrad Meyer (OM 1939), Obmann der „Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung“ und federführend bei der Ausarbeitung des „Generalplan Ost“, sowie die Rassenanthropologen und Eugeniker Eugen Fischer (OM 1937) und Otmar von Verschuer (OM 1943) die Weihen der akademischen Berufung und Mitgliedschaft, obwohl sie ihre Forschung und ihre Wissenschaft ideologisch direkt in den Dienst nationalsozialistischer Rassen- und Bevölkerungspolitik stellten bzw. diese mit ihren Publikationen und Vorträgen legitimierten. Und das zu einer Zeit, als alle Mitglieder, die die Wahlvorschläge für Fischer und von Verschuer unterzeichneten, aufgrund ihrer Publikationen wissen konnten, daß es sich bei ihnen um Vertreter einer wissenschaftlich schwer haltbaren menschlichen Rassen- und Erblehre handelte, die durch ihre Schriften die Rassenpolitik der Nationalsozialisten legitimierten und instruierten.¹³

Zu den nationalsozialistisch politisierten Unternehmen der Akademie gehörte der „Atlas des deutschen Lebensraums in Mitteleuropa“¹⁴, zu dessen Konzeption und Durchführung 1933 eine Kommission eingesetzt wurde. Vorsitzender wurde der Geograph Albrecht Penck (OM 1906). Zu den aus beiden Klassen zusammengesetzten Kommissionsmitgliedern zählten als treibende Kraft des Unternehmens auch der außerakademische Geograph Norbert Krebs (OM 1934 und Geschäftsführer des Unternehmens ab 1939) sowie der oben erwähnte Konrad Meyer. Der Plan ging auf einen der Akademie schon 1927 von Penck und seinem Schüler Krebs unterbreiteten Vorschlag eines „Atlases des gesamten geschlossenen deutschen Volksgebietes“ zurück. Da die geographische Erfassung nicht auf das deutsche Staatsgebiet begrenzt werden sollte, sondern als „deutsches Volksgebiet“ das Sudetenland, Österreich und die „seit 20 Jahren unter fremder Herrschaft stehenden nordöstlichen Provinzen“ miterfaßte, war der Atlas ein hervorragendes Instrument der Legitimation der militärisch-politischen Grenzrevisionen der Nationalsozialisten. Gleichzeitig

¹² Grau/Schlicker/Zeil, *Akademie im Imperialismus III*, S. 174.

¹³ Vgl. den Beitrag von Peter Weingart in diesem Band.

¹⁴ Vgl. den Beitrag von Wolfgang J. Mommsen in diesem Band sowie Grau/Schlicker/Zeil, *Akademie im Imperialismus III*, S. 306–309. Der Zusatz „in Mitteleuropa“ ist eine spätere Ergänzung der ursprünglichen Bezeichnung von 1933, die aufgrund einer Intervention der „Parteiämlichen Presse-Prüfungsstelle“ zustande kam. Dadurch sollten gegenüber dem Ausland die Expansionsabsichten kaschiert werden, vgl. ebd., S. 308.

knüpfte das Unternehmen in seiner Diktion vom „Lebensraum“ und „Beziehung zwischen Raum und Volk“ an die NS-Ideologie von der „Neuordnung des deutschen Lebensraumes“ an und stellte sich zweifach in den Dienst der Politik. Andererseits profitierten jedoch auch Krebs und das Unternehmen in den ersten Kriegsjahren wissenschaftlich von der Politik durch einen verbesserten Datenzugang in den besetzten Gebieten.

Bis 1941 erschienen 33 Karten, weitere Lieferungen u. a. zur Verteilung der religiösen Bekenntnisse und der Rassen konnten aus Mangel an Finanzen und geschulten Mitarbeitern nicht mehr erscheinen. Nach einem Gerangel der Akademie mit dem Oberkommando der Wehrmacht (OKW) 1942 über Vertrieb und Veröffentlichung der Karten durften diese „aus Sicherheitsgründen“ nur noch den Behörden zur Verfügung gestellt werden.

Ein weiteres Unternehmen mit Beteiligung der Berliner Akademie, welches der Legitimation der deutschen Expansionspolitik dienen sollte, war die „Sammlung der deutschen Inschriften des Mittelalters und der Neuzeit“, welches das Kartell der deutschen Akademien 1934 beschlossen hatte. Die Akademien verabredeten eine regionale Arbeitsteilung: die Berliner Akademie war für Brandenburg, Pommern, Ostpreußen, Schlesien, Mecklenburg, Anhalt sowie das „nördliche und nordöstliche Auslanddeutschtum“ zuständig.¹⁵ 1939 gründete die Berliner Akademie für ihr Arbeitsgebiet ein Unternehmen unter der Leitung des Mittelalterhistorikers Albert Brackmann (OM seit 1925). Für Brackmann sollte das Unternehmen ebenso wie der „Atlas des deutschen Lebensraumes“ die Aufgabe erfüllen, „die Wissenschaft aus den Grenzen des Staates in den Lebensraum des deutschen Volkstums hinauszuführen“.¹⁶ Die Akademie begann mit der Sammlung der Brandenburger Inschriften. Nach Einberufung des einzigen zuständigen wissenschaftlichen Mitarbeiters zur Wehrmacht kam die wissenschaftliche Sammeltätigkeit zum Erliegen. Drittmittel flossen bald auch nicht mehr, trotz intensiver Werbung Brackmanns, die nach dem Blitzkrieg gegen Polen entstandene „günstige Lage“ für die Forschung, d. h. für die Sammlung von Inschriften, zu nutzen.

Ein Beispiel für die Nutzung politischer Konjunkturen, aber auch die Abhängigkeit von wissenschaftspolitischen Hierarchisierungen ist die Geschichte der Kommission für Kolonialangelegenheiten. Am 27. Februar 1941, also nach der Besetzung Dänemarks, Norwegens, der Niederlande, Belgiens und Luxemburgs und nach der Niederlage und partiellen Besetzung Frankreichs, beantragte der Sprachwissenschaftler Diedrich Westermann (OM 1938) die Bildung einer Kommission für Kolonialangelegenheiten. Der Antrag wurde bewilligt, die Kommission als gemeinsame Einrichtung beider Klassen mit den Mitgliedern Eugen Fischer (Anthropologie), Albert Defant (Geophysik, Ozeanographie), Norbert Krebs (Geographie), Richard Hartmann (Arabistik), Vizepräsident Ernst Heymann (Rechtswissenschaft), Paul Koschaker (Rechtswissenschaft), Ludwig Diels (Botanik), Hans Stille (Geologie) und Paul Ramdohr (Mineralogie) gebilligt.¹⁷ Während der Ver-

¹⁵ Ebd., S. 354–356.

¹⁶ A. Brackmann, „Sammlung der Inschriften des deutschen Mittelalters“, in: Jb. der PAW 1939, S. 58.

¹⁷ Auszug aus dem Protokoll der Gesamtsitzung, 27. Februar 1941. AAW Berlin, II-VIII-166/1. Der Bestand „Weißafrika-Kommission“ ist nicht paginiert.

handlungen um den Haushalt der Reichsakademie der deutschen Wissenschaft wies Theodor Vahlen, kommissarischer Präsident beider Akademien, darauf hin, daß „insbesondere bei der Preußischen Akademie der Wissenschaften einige Kommissionen [bestehen], denen Aufgaben zugewiesen sind, die im Grunde Reichsaufgaben sind. Dazu gehört z. B. die neu gegründete Kommission für Kolonialwissenschaft, ferner die Kopernikus-Kommission.“¹⁸ Erst nach der ersten konstituierenden Senatssitzung der Reichsakademie, zu der es nie kommen sollte, könne er den „für wissenschaftliche Unternehmungen erforderlichen Betrag nur nach vorläufiger Schätzung bemessen“. Und in der ihm eigenen Schroffheit fuhr Vahlen fort: „Der angegebene Betrag von 30.000 RM ist ein Mindestbetrag.“ Hier hatte sich die Preußische Akademie der Wissenschaften verrechnet. Denn auf der Gesamtsitzung am 8. Mai 1941, gut zwei Monate nach Etablierung der Kommission für Kolonialangelegenheiten, wurde „[a]uf Antrag von Hrn. Westermann, dem die Akademie zustimmt, die in der Sitzung vom 27. Februar 1941 gebildete Kommission für koloniale Angelegenheiten wieder aufgelöst, weil der Reichsforschungsrat bereits in seiner kolonialen Abteilung sich mit der Erforschung dieser Fragen beschäftigt und Überschneidungen vermieden werden sollen“.¹⁹ Doch gaben sich die Akademiker nicht geschlagen: Eugen Fischer hielt auf der gleichen Sitzung einen Vortrag über „Probleme Weißafrikas“,²⁰ und im Anschluß daran „stellen die unterzeichneten Mitglieder [Eugen Fischer, Diedrich Westermann und Hermann Grapow] den Antrag auf Einsetzung einer ‚Kommission der Gesamtakademie für die Erforschung Weiß-Afrikas‘“, dem die Akademie auch zustimmte. Begründet wurde der Antrag folgendermaßen: „Nach dem Krieg wird die Erschließung der Sahara-Gebiete durch Auto-Flugzeuglinien und durch den eben begonnenen Bau einer ersten französischen Transsaharabahn sicher erneut und stark einsetzen und damit eine zunehmende Zerstörung der noch vorhandenen Reste weißafrikanischer Vergangenheit eintreten. Da wir künftig für unsere Kolonien die Wege über die Sahara umfangreich benützen werden, vor allem aber, da die Probleme Weiß-Afrikas aufs engste mit den uns am Herzen liegenden Rassen-, Vorgeschichts- und Sprachproblemen Europas zusammenhängen, kann und darf sich die deutsche Wissenschaft diesen Aufgaben nicht entziehen.“

Unter Weiß-Afrika verstand Fischer den zum Mittelmeer orientierten Bereich Afrikas, den „Südrand Europas“ einschließlich der Kanaren; es ging also nicht um das „schwarze Afrika der Neger“. Neben den Antragstellern wurden als Mitglieder gewählt: Hans Stille, Richard Hartmann, Diedrich Westermann und Norbert Krebs sowie „als außerakademisches Mitglied Professor Scheel“.²¹ Damit war die Kommission verschlankt worden, und

¹⁸ Vahlen an Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, 10. März 1941. BA/B, R 21, 10999.

¹⁹ Auszug aus dem Protokoll der Gesamtsitzung, 8. Mai 1941. AAW Berlin, II-VIII-166/1.

²⁰ Der Vortrag fehlt im *Gesamtregister der Abhandlungen, Sitzungsberichte, Jahrbücher, Vorträge und Schriften der Preußischen Akademie der Wissenschaften 1900–1945*, hrsg. von der Hauptbibliothek der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Berlin 1966.

²¹ Auszug aus dem Protokoll der Gesamtsitzung, 8. Mai 1941. AAW Berlin, II-VIII-166/1.

das Schwergewicht hatte sich etwas verlagert, denn an Stelle des düpierten Sprachwissenschaftlers Westermann übernahm jetzt „Rasse-Fischer“ den Vorsitz.

Die Kommission, inzwischen „Kommission für die Erforschung Weißafrikas“, tagte 1942 zweimal, am 12. Februar und 9. Juli. Man beschloß, „ein großes Werk für die rassen- und völkerkundlichen Fragen Weißafrikas“ herauszugeben und bildete sieben Arbeitskreise für Kultur, Anthropologie, Vorgeschichte, Geschichte, Kultur, Religion und Sprachen.²² Dieses Projekt wurde definiert als „anthropologische, geologische und sprachlich-kulturelle Durchforschung Nordafrikas“ und kollidierte offenbar nicht mit dem „Handbuch der kolonialen Praxis“, das die kolonialwissenschaftliche Abteilung des Reichsforschungsrates vorbereitete.²³

4. Die Akademie in der Konkurrenz zu KWG und Universität

Besonders problematisch war das Verhältnis der Akademie zur Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Die KWG avancierte nach ihrer Gründung ohne Zweifel in kurzer Zeit zum unumstrittenen Leistungsträger naturwissenschaftlicher Forschung in Deutschland und im internationalen Vergleich und lief der Forschung an Universitäten und Akademien allmählich den Rang ab – allerdings um den Preis der Trennung der Forschung von der Lehre bzw. ohne Rücksicht auf Lehrverpflichtungen nehmen zu müssen, wie es von den KWG-Mitgliedern selbst gesehen und geschätzt wurde.²⁴

Die Akademie hatte ja zwischen 1900 und 1910 ihre Chance verpaßt, an der Entwicklung der Wissenschaften aktiv Anteil zu nehmen, indem sie sich weigerte, ihr wissenschaftliches Selbstverständnis zu „modernisieren“, d. h., eine Beteiligung und einen Einfluß des Industriekapitals auf die Orientierung und Prioritätensetzung in der experimentellen Forschung als zeitgemäß und unausweichlich zu akzeptieren. Das aber hatte die führenden Wissenschaftspolitiker und -organisatoren, darunter mehrere Akademiemitglieder, dieser Zeit in Preußen veranlaßt, die KWG ins Leben zu rufen, in deren Gründungsverständnis Industriebeteiligung, Anwendungsorientierung und Förderung neuer Spezialfächer geradezu zentrale Prinzipien waren. Diese Spaltung sollte jedoch nicht von ewiger Dauer sein, so versprach es jedenfalls Adolf von Harnack in einem „vertraulichen“ und „sekreten“ Beschäftigungsbrief an den damaligen Sekretar der Philosophisch-historischen Klasse Hermann Diels.²⁵

²² Jb. der PAW 1942, S. 69; das Jahrbuch liegt nicht gedruckt, sondern nur in der Umbruchfassung vor.

²³ RFR, Kolonialwissenschaftliche Abteilung an Preußische Akademie der Wissenschaften, 1. Oktober 1942; H. Scheel an Dr. Volker Klein, RFR, Kolonialwissenschaftliche Abteilung, 15. Oktober 1942. AAW Berlin, II-VIII-166/1.

²⁴ Das wurde von den Biologen Fritz von Wettstein und Max Hartmann in ihren Antrittsreden explizit gewürdigt, vgl. SB der PAW 1934, Physik.-math. Klasse, S. CXIII; ebd. 1936, Physik.-math. Klasse, S. XCV.

²⁵ Siehe Hohlfeld/Kocka/Walther, „Vorgeschichte und Struktur“, S. 460–463.

Zu einer Konvergenz, späteren Fusion gar, die Harnack noch in Aussicht gestellt hatte, ist es nie gekommen, doch es gab Verknüpfungen, die z. T. die Harnackschen Ideen aufzunehmen versuchten, z. B. in Form der wissenschaftlichen Beiräte der KW-Institute. Hier waren die Chemiker Max Bodenstein im KWI für Chemie, Wilhelm Schlenk und Andreas Hofmann als Schlenks Nachfolger im KWI für Physikalische und Elektrochemie vertreten. Desgleichen waren die Akademiemitglieder Karl Heider bzw. Walther Nernst im Verwaltungsausschuß der Institute für Biologie und Chemie vertreten.²⁶

Die Direktoren führender KW-Institute waren Akademiemitglieder (Physik, Chemie, Biologie) z. T. quasi von Amts wegen, denn mit der Gründung der KWG wurden drei neue OM-Stellen für KWI-Direktoren in der Physikalisch-mathematischen Klasse geschaffen.

Des weiteren waren Mitglieder der Akademie in den Kuratorien der KW-Institute vertreten, einige waren Senatoren der KWG (Fischer und Nernst), und sie stellte zwei Präsidenten (Planck und Bosch). Persönliche Verbindungen und Überschneidungen, über die natürlich auch wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Ideen und Vorstellungen transportiert wurden, gab es also in mehrfacher Weise.

Was sich nicht herausbildete, war ein institutionalisiertes Kooperationsverhältnis, das zu einer späteren Konvergenz hätte führen können. Die unterschiedlichen Selbstverständnisse der Experten der KWG und ihrer industriellen Kapitalgeber einerseits und das Selbstverständnis der „Mandarine“ der Akademie mit ihrem zentralen Leitbild einer reinen, nur der Erkenntnis verpflichteten Forschung andererseits repräsentierten zwei so grundverschiedene Welten, daß sie zueinander nicht finden konnten.

Anders sah es im Verhältnis zu den Hochschulen in Berlin aus: nach wie vor rekrutierte die Akademie die meisten ihrer Mitglieder aus der Universität und der Technischen Hochschule in Berlin-Charlottenburg. Hier gab es angesichts der klaren Aufgabenteilung und der eingespielten Funktionsabgrenzung – Lehre und an den Lehrstühlen angesiedelte Forschung in den Hochschulen, Langzeitprojekte in beiden Klassen der Akademie – keinerlei Konflikte; im Gegenteil: die Mitarbeit und Anstellung bei Unternehmungen der Akademie ebnete so manchem Nachwuchswissenschaftler den Weg in das Wissenschaftssystem.

Diese nach dem Ersten Weltkrieg voll greifende Arbeitsteilung im Wissenschaftssystem – Forschung und Lehre an der Universität, hochspezialisierte Spitzenforschung in der KWG und Repräsentation und Akkreditierung von wissenschaftlichen Leistungen in den Akademien – pendelte sich als „deutscher Weg“ im Unterschied zur amerikanisch-„demokratischen“ Lösung in Form der Forschungsuniversität mit Departmentsystem und Mehrquellenfinanzierung durch Staat, Stiftungen und Wirtschaft ein.²⁷

²⁶ Vgl. Schlicker, *Akademie im Imperialismus II*, S. 119f., sowie Grau/Schlicker/Zeil, *Akademie im Imperialismus III*, S. 33.

²⁷ Durch dieses System wurde zwar der wissenschaftliche Nachwuchs direkt an die Forschungsfronten herangeführt, die Industrieabhängigkeit von Forschung und Wissenschaft jedoch direkt in die Universitäten hineingetragen; vgl. dazu den Beitrag von Theresa Wobbe in diesem Band.

Finanzen²⁸

In den Jahren des Kaiserreichs verfügte die Akademie über beträchtliche finanzielle Mittel,²⁹ die auch nach dem Ende des Ersten Weltkrieges zunächst noch zur Verfügung standen. Über sie entschieden die drei Geldverwendungsausschüsse der Akademie – der Ausschuß der Gesamtakademie und die der beiden Klassen.³⁰ Die Mitgliedschaft in diesen Ausschüssen bedeutete aufgrund der finanziellen Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten eine wichtige Machtposition.

Die Einnahmen der Akademie basierten auf drei Säulen: den Zuschüssen des preußischen Staates, den Erträgen des Eigenkapitals und den Mitteln „aus eigenem Erwerb“. Letztere stammten beispielsweise aus dem Verkauf der Akademieschriften und hatten nur einen geringen Umfang.³¹ Die Einnahmenstruktur des Akademiehaushalts vor und unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg, also vor der Hyperinflation, zeigt Tabelle 1:

Tabelle 1: Die Einnahmen der Preußischen Akademie der Wissenschaften

	staatlicher Zuschuß	Einnahmen aus Eigenkapital	Einnahmen aus eigenem Erwerb
1912	325.175 M	176.173 M	14.835 M
1919	349.155 M	371.322 M	42.170 M
1920	323.156 + *350.000 M	674.916 M	16.864 M

* Die Summe von 350.000 Mark war eine Ergänzungsbewilligung im Dezember 1920.

Quelle: Jahresrechnungen der Preußischen Akademie der Wissenschaften, AAW Berlin, II-XVII, 109ff.

Diese Übersicht verdeutlicht, daß der Anteil der Einnahmen aus den Erträgen des Eigenkapitals in dieser Zeit besonders hoch war. Das Gesamtvermögen der Akademie belief sich Ende 1918 immerhin auf 4.763.440 Mark. Die Summe setzte sich aus dem Stiftungskapital in Höhe von 4.022.240 Mark und den Rücklagen – den sogenannten Hauptfonds – in Höhe von 741.200 Mark zusammen.³² Der Vermögenswert stieg, wie vor und auch wäh-

²⁸ Bei diesem Kapitel haben wir den Herren Jing Dexiang und Jens Thiel für Unterstützung bei der Quellenrecherche zu danken.

²⁹ Vgl. Hohlfeld/Kocka/Walther, „Vorgeschichte und Struktur“, S. 418–424.

³⁰ Seit dem Statut von 1881 verlagerte sich das Schwergewicht der Geldbewilligung zu wissenschaftlichen Zwecken mehr und mehr in die beiden Klassen. Deren Geldverwendungsausschüsse erlangten so zunehmend Bedeutung. Ab 1917 versuchte die Akademie, der neuen Entwicklung durch eigene Forschungshaushalte der Klassen zu entsprechen. Vgl. AAW Berlin, II-XVII, 42, Bl. 28ff.

³¹ Bis 1924 sind diese Einnahmen noch getrennt aufgeführt. Unter „aus eigenem Erwerb“ erschienen Einnahmen der Gesamtakademie und unter „Insgemein“ Einnahmen aus den Forschungsunternehmungen. Bei den Ausgaben wurde diese Trennung beibehalten.

³² Vgl. AAW Berlin, II-XVII, 42, Bl. 70ff.

rend des Krieges, zunächst weiter an – sprunghaft bei Neustiftungen, aber auch kontinuierlich, da die Akademie sowohl den Gewinn aus dem Eigenkapital als auch den staatlichen Zuschuß nie in voller Höhe ausschöpfte und zur Kapitalaufstockung nutzte.³³ Den deutlichen Anstieg verdankte die Akademie sieben neuen, teils sehr großen Stiftungen, von denen allein die Albert-Samson-Stiftung und der Ernst-Solvay-Fonds 1919 mit ca. 138.000 Mark Einnahmen zur Bilanz beitrugen. Als 1920 noch die im Vorjahr übernommene Emil-Fischer-Stiftung Gewinn abwarf, verzeichneten allein diese drei neuen Stiftungen Einnahmen von ca. 220.000 Mark. Solche großen Stiftungen waren allerdings die Ausnahme. Daß auch die kontinuierlichen „Einsparungen“ nicht unbedeutend waren, zeigt Tabelle 2:

Tabelle 2: Die Einnahmen und Ausgaben
der Preußischen Akademie der Wissenschaften

	Einnahmen (gesamt)	Ausgaben (gesamt)	Rest zum Verbleib in der Akademie
1912	516.183 M	413.283 M	102.900 M
1919	762.547 M	637.039 M	125.608 M
1920	1.464.936 M	1.303.492 M	161.444 M

Quelle: Jahresrechnungen der Preußischen Akademie der Wissenschaften, AAW Berlin, II-XVII, 109ff.

Diese für die Akademie positive Entwicklung währte jedoch nicht lange. Schon bald machte sich die angespannte finanzielle Situation der Nachkriegszeit bemerkbar. Das Preußische Kultus- und Finanzministerium bemühte sich trotz des Währungsverfalls, die Lebensfähigkeit der Akademie zu erhalten. 1920 konnte so beispielsweise durch die Bewilligung eines Ergänzungshaushaltes für die Akademie in Höhe von 350.000 Mark die Bilanz noch ausgeglichen werden. Das Reich signalisierte im gleichen Jahr durch seine Zustimmung zur Gründung und Finanzierung der „Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft“ Bereitschaft zur Hilfe.³⁴ Vor allem aber war die Akademie zunächst noch dank ihres beträchtlichen Eigenkapitals – das man teils einsetzte, teils vor dem Staat versteckte³⁵ – in der Lage,

³³ Bei den Stiftungen erfolgte dies direkt und beim sonstigen Haushalt über den Umweg, daß der Rest unter der Position „Bestand aus dem Vorjahr“ zur weiteren Verwendung gutgeschrieben und dann z. B. auf Sonderkonten für akademische Unternehmungen verteilt wurde.

³⁴ Vgl. hierzu den Beitrag von Peter Nötzoldt in diesem Band und die dort angegebene umfangreiche Literatur zur Notgemeinschaft.

³⁵ So wurden die „akademischen Reserven“, die sich in Folge der geringeren Ausgaben während des Krieges auf ca. 250.000 Mark beliefen, Anfang 1919 auf neu eingerichtete Konten der akademischen Unternehmungen bei der Preußischen Staatsbank „geparkt“. Das Sekretariat war vom Geldverwendungsausschuß am 13. März 1919 mit dieser „Operation“ beauftragt worden, denn „eine so beträchtliche Ersparnis könnte Anlaß geben, daß die Regierung uns die Mittel entziehe“. Vgl. AAW Berlin, II-XVII, 42, Bl. 92, 109, 141ff.

einen Ausgleich zu schaffen. Auch das sollte sich jedoch bald ändern, die rasante Talfahrt war nicht mehr aufzuhalten.

Finanzkrise und Inflation zu Beginn der zwanziger Jahre bedeuteten vor allem für die wissenschaftlichen Unternehmungen der Akademie eine finanzielle Katastrophe. Die Hauptsäule ihrer Finanzierung, das aus dem Stiftungsvermögen und den Hauptfonds gespeiste Eigenkapital der Akademie, wurde durch die Inflation völlig entwertet. Wie bedeutungslos die Einnahmen aus dem Eigenkapital geworden waren, verdeutlicht die Jahresrechnung der Akademie für das Jahr 1923. Hatten die Einnahmen aus dem Eigenkapital 1920 noch 46 Prozent der Gesamteinnahmen ausgemacht, war ihr Anteil nun auf 0,008 Prozent gesunken. Die Einnahmen aus den Stiftungen reichten teilweise nicht einmal für die anfallenden Gebühren. Die sächlichen Ausgaben für die wissenschaftlichen Unternehmungen aus dem Kapitalfonds und den Staatszuschüssen – erfaßt unter dem Titel „Insgemein“ – schrumpften auf 0,000001 Prozent.

Tabelle 3: Die Einnahmen und Ausgaben der Preußischen Akademie der Wissenschaften 1923

Einnahmen		
Bestand aus dem Vorjahr	283.923 M	0,000000 %
staatlicher Zuschuß	*2.730.233.057.572.510 M	99,989294 %
aus eigenem Erwerb	51.239.961.330 M	0,001877 %
Insgemein	165.500.000.637 M	0,002768 %
<i>aus den Stiftungen</i>	<i>75.578.855.830 M</i>	<i>0,006061 %</i>
<i>Zinsen von Kapitalien</i>	<i>5.076 M</i>	<i>0,001877 %</i>
Ausgaben		
Besoldung	2.256.053.191.490.548 M	82,623411 %
andere Personalausgaben	138.319.139.371.288 M	5,065660 %
akademische Zwecke	170.366.934.557.824 M	6,239346 %
Geschäftsbedürfnisse	85.914.061.254.428 M	3,146430 %
Unterhaltung der Räume	79.872.000.213.370 M	2,925151 %
<i>Insgemein</i>	<i>31.008.893 M</i>	<i>0,000001 %</i>
<i>Stiftungen</i>	<i>18.782.965 M</i>	<i>0,000001 %</i>

* Beim staatlichen Zuschuß existieren keine genauen Angaben. Er wurde aus der Differenz von Ausgaben und Einnahmen ermittelt. Damit verdeutlicht die Angabe nur eine Größenordnung, da Ausgaben und Einnahmen nie gleich waren und auch 1924 ein Restbetrag erscheint.

Quelle: Jahresrechnungen der Preußischen Akademie der Wissenschaften, AAW Berlin, II-XVII, 115.

Die eingetretene Entwicklung zwang die Akademie 1923 zu erwägen, einige Stiftungen völlig aufzulösen.³⁶ Die 1923 mit einem Stiftungsvermögen von 25 Millionen Mark gegründete Otto-Reinke-Stiftung konnte ihre Tätigkeit wegen der sofortigen Entwertung faktisch gar nicht erst aufnehmen – bis 1938 stieg ihr Stiftungskapital lediglich wieder auf 600 Reichsmark.³⁷ Für die Stiftungen wurde schließlich vereinbart, die geringen laufenden Zinserträge so lange zur Auffüllung des Stiftungskapitals zu verwenden, bis die ursprüngliche Höhe des Stiftungskapitals wieder erreicht wäre.³⁸

Das Stiftungskapital, das vor der Inflation auf etwa 5.000.000 bis 6.500.000 Mark angewachsen war, betrug am 1. April 1924 nur noch 200.000 RM.³⁹ An eine satzungsgemäße Verwendung der Zinserträge zur Unterstützung der wissenschaftlichen Projekte war damit auf Jahrzehnte nicht mehr zu denken. Die Bemühungen der Akademieleitung in den Jahren 1925 bis 1927, die Erträge der evangelischen Domstifte in den Städten Brandenburg, Merseburg und Zeitz für die Akademie zu erschließen, scheiterten.⁴⁰ Nur der Ernst-Solvay-Fonds konnte ab 1930 durch eine erneute Schenkung der Stifter in Höhe von 100.000 RM wieder aktiviert werden.⁴¹

Die Einnahmen aus den Hauptfonds fielen zwar zur Nutzung nicht vollständig aus, blieben aber lange Zeit niedrig. Hatten sie 1920 noch mit 160.000 Mark zu Buche geschlagen, wiesen die Jahresrechnungen nach der Inflation unter „Zinsen von Kapitalien und

³⁶ Dazu gehörte beispielsweise die Max-Henoch-Stiftung. Die Konten dieser Stiftungen wurden damals erledigt, da deren Guthaben nicht einmal mehr dafür ausreichten, die Kontoführungsgebühren und die anfallenden Spesen zu decken. AAW Berlin, II-V, 135, Bl. 143. Sitzungsprotokoll der Sitzung der Physik.-math. Klasse vom 10. Januar 1924. Sie verfügte 1938 wieder über ein Kapital von 3.425 RM.

³⁷ AAW Berlin, II-XI, 111, Otto-Reinke-Stiftung. Mitteilung der PAW vom 26. Oktober 1939.

³⁸ Grundlage für ein solches Vorgehen war das „Gesetz über die Änderung von Stiftungen“ der preußischen Regierung vom 10. Juli 1924. § 1 legte fest, daß Stiftungen durch Beschluß ihrer Vorstände mit Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde zusammengelegt, aufgehoben oder in ihren Zwecken geändert werden können, wenn es wegen wesentlicher Änderung der Verhältnisse angezeigt erscheint. Dabei sollte die Absicht des Stifters berücksichtigt werden. In: Preußische Gesetzsammlung, 1924, Nr. 42, S. 83. Vgl. zu den Akademieentscheidungen die Berichte der Stiftungskuratorien vor der Gesamtakademie und vor den Klassen in: AAW Berlin, II-V, 96–104; II-V, 134–139; II-V, 167–172.

³⁹ Ernst Heymann gab 1939 für die Zeit vor der Inflation eine Zahl von 6.500.000 Mark an. Er schwieg aber, daß die Julius Rodenberg- und die Wilhelm-Tschorn-Stiftung erst im Jahr des Höhepunkts der Inflation 1923 zur Akademie kamen und ihr Stiftungskapital von zusammen 2.500.000 Mark faktisch nicht wirksam wurde. Die bei Grau/Schlicker/Zeil, *Akademie im Imperialismus III*, S. 108 angegebene Größenordnung von ca. 5.000.000 Mark erscheint deshalb wesentlich realistischer. Vgl. Ernst Heymann, Anlegenheiten der Stiftungen mit eigenem Vermögen, 23./24. Oktober 1939, AAW Berlin, II-XI, 160.

⁴⁰ Vgl. hierzu die Sitzungsprotokolle der Philos.-hist. Klasse vom 12. Februar 1925 und vom 27. Oktober 1927 sowie das der Gesamtakademie vom 3. November 1927, AAW Berlin, II-V, 169, Bl. 53ff., 213ff. sowie 101, Bl. 63ff.

⁴¹ Die Schenkung der Jubiläumstiftung der Deutschen Solvay-Werke erfolgte am 30. September 1930. Aus den Zinsen der Stiftung sollte in Verbindung mit den Zinsen des 1913 von den Deutschen Solvay-Werken gestifteten „Ernst Solvay Fonds“ eine Ernst-Solvay-Fachstelle (hauptamtliche Fachstelle) bei der Physikalisch-mathematischen Klasse eingerichtet werden. Vgl. AAW Berlin, II-XI, 150, Bl. 78.

sonstigen Einnahmen⁴² nur noch vergleichsweise geringe Beträge auf 2.539 RM (1924), 23.866 RM (1930), 16.489 RM (1936) und 729 RM (1942).⁴²

Damit war die ehemals wohlhabende Preußische Akademie der Wissenschaften nach 1924 nahezu ausschließlich auf die Zuschüsse des preußischen Staates und auf Fördermittel der 1920 gegründeten Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft angewiesen. Ab 1936 kamen noch einige Zuschüsse des Reiches für bestimmte Projekte hinzu, die dem NS-Regime besonders wichtig erschienen.⁴³

Aber Preußens Finanzkraft sank beständig, Einfluß und Gestaltungsmöglichkeiten, insbesondere die frühere Vormachtstellung des Preußischen Kultus- und des Preußischen Finanzministeriums bei der Wissenschaftsförderung, gingen zurück. Bei der KWG fiel der preußische Finanzierungsanteil bei den staatlichen Zuschüssen von 52 Prozent (1924) auf 11,6 Prozent (1933) und schließlich auf 1,5 Prozent (1944).⁴⁴ Zwar stellte der preußische Staat für seine Preußische Akademie der Wissenschaften sogar jährlich mehr Mittel zur Verfügung, aber große Steigerungsraten waren nicht möglich. Außerdem weigerte sich die Akademie, weitere Aufgaben und Mittel zu übernehmen, als die Finanzsituation noch günstig war. Als sie dann endlich Ende der zwanziger Jahre dazu Bereitschaft zeigte, fehlte das notwendige Geld.⁴⁵ Diese Situation begünstigte eine Entwicklung, in deren Verlauf die Akademie gegenüber den beiden jüngeren Institutionen der deutschen Forschungsförderung, der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und der Notgemeinschaft/Deutschen Forschungsgemeinschaft, immer weiter an den Rand der Wissenschaftslandschaft gedrängt wurde, wie Tabelle 4 verdeutlicht.

⁴² Jahresrechnungen der Preußischen Akademie der Wissenschaften, AAW Berlin, II-XVII, 114, 116, 124, 138 und 163.

⁴³ Zuschüsse gab es für die Unternehmungen: Grimmsches Deutsches Wörterbuch, Athanasius-Werkausgabe, Atlas des deutschen Lebensraumes in Mitteleuropa. Hierfür war von 1936 bis zumindest 1941 eine Extra-Jahresrechnung erforderlich, weil diese Mittel nicht vom preußischen Finanzministerium kamen. Geldgeber waren entweder das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung unmittelbar oder die ab 1936 von diesem Ministerium direkt geleitete Deutsche Forschungsgemeinschaft. Vgl. AAW Berlin, II-XVII, 137, Bl. 1ff.; 142, Bl. 289ff.; 147, Bl. 435f.; 150, Bl. 391f., 155, Bl. 205f.; 162, Bl. 12.

⁴⁴ Angaben aus KWG, S. 287, 377.

⁴⁵ Vgl. hierzu die Bemühungen zur Einrichtung einer Technikklasse an der Akademie und später die Bestrebungen der Akademie, die Aufgaben der Notgemeinschaft zu übernehmen; dazu Peter Nötzoldt in diesem Band.

Tabelle 4: Staatliche Zuschüsse und Einnahmen im Vergleich (Angaben in RM)

	PAW ¹⁾		Notgemeinschaft/DFG ²⁾		KWG ³⁾	
	staatliche Zuschüsse	sonstige Einnahmen	staatliche Zuschüsse	sonstige Einnahmen	staatliche Zuschüsse	sonstige Einnahmen
1924	342.738	8.999	3.000.000	480.000	1.132.983	*(734.000)
1925	432.510	23.859	6.500.000	100.000	2.322.032	*(810.000)
1926	440.270	20.936	6.200.000	100.000	3.199.889	*(1.000.000)
1927	426.159	24.322	8.000.000	160.000	6.226.149	*(1.736.000)
1928	453.664	61.829	8.000.000	212.000	4.325.420	*(1.918.000)
1929	?	?	7.000.000	272.000	5.259.269	*(1.600.000)
1930	552.586	42.997	7.000.000	420.000	4.677.689	*(1.300.000)
1931	500.922	74.458	5.100.000	602.000	3.638.498	*(1.020.000)
1932	458.967	61.422	4.400.000	610.000	3.237.655	*(1.090.000)
1933	395.321	49.448	4.000.000	130.000	3.480.220	*(1.030.000)
1934	?	41.789	4.374.000	?	3.378.560	2.275.592
1935	?	34.976	4.374.000	454.000	3.551.899	2.174.866
1936	446.264	97.980	2.000.000	41.000	4.841.194	2.611.432
1937	411.831	92.480	7.500.000	222.000	6.586.000	3.063.100
1938	455.314	90.141	8.000.000	66.000	6.839.400	3.489.100
1939	570.423	124.221	7.100.000	?	5.565.190	5.276.952
1940	493.138	141.684	6.000.000	212.000	5.950.300	5.041.681
1941	528.562	151.436	6.000.000	53.000	?	?
1942	503.803	58.847	9.000.000	225.000	?	?
1943	560.124		14.000.000	79.000	9.358.736	5.341.820
1944	552.000		?	?	8.583.613	5.899.166

¹⁾ Staatliche Zuschüsse kamen vom preußischen Staat. Sonstigen Einnahmen: Zinsen aus Kapitalien (ohne Stiftungen), Verkauf von Druckschriften etc., Zuschüsse der Notgemeinschaft/DFG und Sondermittel des REM. Die Zuschüsse der Notgemeinschaft sind insgesamt höher anzusetzen, weil einzelne Unternehmungen direkt Mittel einwarben. Solche weiteren Zuschüsse konnten nur für zwei Jahre ermittelt werden: 72.900 RM (1935) und 35.335 RM (1936). Quelle: bis 1942: Jahresrechnungen der PAW, für 1943 Jahresabschluss (festgestellt 30. April 1944 von der Kasse der Stadtbibliothek), für 1944 existiert keine Abrechnung (Angaben aus dem Kassenanschlag für 1944–1946 vom 17. Oktober 1944). AAW Berlin, II-XVII, 54, 116–163; Zuschüsse Notgemeinschaft: II-XIV, 34, Bl. 93/3.

²⁾ Staatliche Zuschüsse kamen vom Reich. Die sonstigen Einnahmen sind Zuschüsse des Stifterverbandes und weitere private Spenden. Quelle: Zierold, *Forschungsförderung*, S. 38, 228, 234.

³⁾ Staatliche Zuschüsse kamen u. a. vom Reich und vom preußischen Staat, wobei der Anteil Preußens von 52 % (1924) auf 1,5 % (1944) fiel. Der Anteil der anderen deutschen Länder, Provinzen und Städte schrumpfte noch rasanter, er hatte 1927 mit 11,5 % seinen Höchstwert. Über die sonstigen Einnahmen gibt Tabelle 5 bis 1933 Auskunft. Insgesamt sind bedeutende Anteile aus der Industrie ausgewiesen. (*Für 1924–1933 konnte nur der Industrieanteil angegeben werden. Für diese zehn Jahre kommen insgesamt weitere 12.522.000 RM sonstige Einnahmen hinzu.) Die deutliche Steigerung des Gesamtetats ab 1937 erklärt sich aus der engen Verknüpfung mit Forschungsaufgaben des RFR. Quelle: B. vom Brocke, H. Albrecht/A. Hermann und P.-Chr. Witt in: Vierhaus/vom Brocke, *Forschung im Spannungsfeld*, S. 287, 377, 626.

Die Herkunft der Finanzmittel macht zwei Dinge sehr deutlich: Erstens konnte die Akademie sich nicht darauf einstellen, daß sich die Forschungsförderung nach dem Ersten Weltkrieg weitgehend von den Ländern weg und zum Reich hin verlagerte. Hier hätten die deutschen Wissenschaftsakademien nur gemeinsam ihre Interessen vertreten können, und das taten sie nicht.⁴⁶ Zweitens gelang es der Akademie nicht, in nennenswerten Größenordnungen neue Finanzierungsquellen zu erschließen. Auch wenn sich sicher Einwände gegen den Vergleich mit der Notgemeinschaft und der KWG anführen lassen, erhellt Tabelle 5 doch einiges:

Tabelle 5: Neue Finanzierungsquellen im Vergleich (1924–1933)

	PAW ¹⁾	Notgemeinschaft/DFG ²⁾	KWG ³⁾
Neustiftungen	100.000 RM	–	7.065.000 RM
private Wirtschaft	–	**1.320.000 RM	12.238.000 RM
sonstige Spenden	?	1.546.000 RM	?
Zinseinnahmen	*200.000 RM	?	2.157.000 RM
Mitglieds- und Aufnahmebeiträge	–	–	***3.300.000 RM

¹⁾ Quelle: Ernst-Solvay-Fonds, AAW Berlin, II-XI, 150, Bl. 78 und Jahresrechnungen der Preußischen Akademie der Wissenschaften, AAW Berlin, II-XVII, 116–128.

*Daten existieren nur für sieben Jahre, sie ergeben 129.000 RM. Für die Jahre 1929, 1931 und 1932 fehlen Angaben. Da sprunghafte Änderungen unwahrscheinlich erscheinen, wurde die Gesamtsumme geschätzt.

²⁾ Quelle: Zierold, *Forschungsförderung*, S. 38.

**Winfried Schulze gibt für den Zeitraum von 1925 bis 1934 (ohne Angaben zu 1932 und 1933) insgesamt 1.130.000 RM an und verweist gleich auf eine sehr schwierige Quellenlage. Schulze, *Stifterverband*, S. 83.

³⁾ Quelle: Witt, „Forschungsfinanzierung“, S. 619, 621.

***Mindestens 50 % aus öffentlichen Kassen.

Die überaus positive Bilanz verdankte die KWG allerdings nicht unwesentlich ihrem professionellen Management. Dort existierte eine umfangreiche Generalverwaltung, an der Akademie mußte diese Aufgaben ein wissenschaftlicher Beamter nebenamtlich erledigen.⁴⁷ Das ließ sich die KWG allerdings auch einiges kosten: 1930 entsprach allein das Gehalt des Generaldirektors der KWG – das immerhin höher als das des Reichskanzlers war – der Summe, welche die Akademie für fünf ihrer insgesamt zehn wissenschaftlichen Beamten ausgeben konnte.⁴⁸

⁴⁶ Ebd.

⁴⁷ Bis zu seinem Tod 1938 leistete dies der Mediävist Eduard Sthamer (1883–1938). Erst danach wurde die Stelle eines „Direktors bei der Akademie“, also Generalsekretärs, eingerichtet.

⁴⁸ Gehälter 1930: Generaldirektor der KWG 52.540 RM, Reichskanzler 48.870 RM, Minister (Reich und Preußen) 39.600 RM, Ordentlicher Professor (Endgehalt Berlin) 13.694 RM, Quelle: Witt, „Wissenschaftsfinanzierung“, S. 647. Die zehn wissenschaftlichen Beamten der Akademie erhielten zusammen 106.208 RM, der nebenamtlich für die Geschäfte zuständige Eduard Sthamer 11.357 RM. Quelle: Jahresrechnungen der Preußischen Akademie der Wissenschaften, AAW Berlin, II-XVII, 124.

Wie setzte nun die Akademie ihre Mittel ein, was veränderte sich im Vergleich zur Kaiserzeit und dann nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten?

Tabelle 6 verdeutlicht die relative Verschiebung bei den Ausgabenpositionen:

Tabelle 6: Die Struktur der Ausgaben der Preußischen Akademie der Wissenschaften (1924–1940)

	Besoldungen ¹⁾	andere Personal-ausgaben ²⁾	akademische Zwecke ³⁾	akademische Forschung ⁴⁾	Geschäftsbedürfnisse	übertragbarer Rest für das Folgejahr
1924	45,35 %	15,38 %	5,43 %	17,61 %	3,28 %	12,94 %
1928	43,72 %	17,87 %	12,52 %	24,10 %	4,25 %	-2,47 %
1932	33,49 %	15,41 %	12,53 %	25,34 %	2,88 %	10,35 %
1936	26,38 %	19,49 %	7,38 %	43,37 %	3,58 %	-0,20 %
1938	23,93 %	21,68 %	8,22 %	41,75 %	4,33 %	0,09 %
1940	27,95 %	25,88 %	6,26 %	34,19 %	5,04 %	0,67 %

(Auf weitere Jahresangaben konnte verzichtet werden, da sie den Trend nur unterstreichen.)

¹⁾ Diese Position setzte sich z. B. 1930 zusammen aus:

gewöhnliche Jahresgehälter der 70 Mitglieder:	59.004 RM
größere Gehälter:	1.856 RM
Gehälter der vier Sekretare:	7.128 RM
Gehälter der zwei hauptamtlichen Mitglieder (A. Einstein/K. Burdach):	31.500 RM
Besoldung der wissenschaftlichen Beamten:	106.208 RM
Besoldung der sonstigen Beamten:	15.053 RM

²⁾ „Hilfeleistung durch nichtbeamtete Kräfte“ 1930:

ständige Hilfskräfte bei der Akademie (Verwaltung, Hausmeister etc.):	17.045 RM
ständige Hilfskräfte bei den wissenschaftlichen Unternehmungen	57.249 RM
nichtständige Hilfskräfte	15.622 RM
Aushilfskräfte und Stellvertreterkosten	8.519 RM

³⁾ Herstellung der akademischen Druckschriften (Abhandlungen, Sitzungsberichte etc.), Bücherankäufe, akademische Preise.

⁴⁾ Dieser als „Insgemein“ geführte Titel faßte die finanziellen Möglichkeiten für akademische Unternehmungen und Arbeiten zusammen. Der Großteil der Ausgaben stand ausdrücklich unter Vorbehalt der Genehmigung des Kultusministers.

Quelle: Jahrestats der Preußischen Akademie der Wissenschaften, AAW Berlin, II-XVII, 109ff.

Die Spalte Geschäftsbedürfnisse bedarf keines Kommentars; zur Spalte „Akademische Zwecke“ muß nur erwähnt werden, daß bis Ende der zwanziger Jahre ein Nachholbedarf befriedigt wurde und dann die absoluten Kosten ziemlich stabil blieben. Die anderen Spalten weisen aber auf Veränderungen hin. Wie schon im Kaiserreich beanspruchten die Personalkosten etwa die Hälfte des Haushaltes – bis 1928 sogar 60 Prozent. Dabei verschoben sich allerdings die Anteile der einzelnen Posten. Während die Aufwendungen für die Besoldung deutlich sanken, stiegen die Kosten für die wissenschaftlichen Hilfskräfte – also die wissenschaftlichen Mitarbeiter mit befristeten Verträgen – stark an. Diese Verschiebung

war nur möglich, weil die Akademie bei den „größeren Gehalten“ sparte und die hauptamtlichen Mitgliederstellen nicht wieder besetzte. Genau diese Zusatzgehälter hatten aber in der Kaiserzeit einen nicht unbeträchtlichen Teil der Attraktivität der Akademie ausgemacht und ganz wesentlich dazu beigetragen, bedeutende Gelehrte nach Berlin zu locken.⁴⁹ Offenbar mußten alle scheinbar entbehrlichen Mittel für die Fortführung der wissenschaftlichen Unternehmungen genutzt werden, weil die Einnahmen aus den Erträgen der Stiftungen fehlten. Das trifft auch für nahezu alle zusätzlichen Mittel zu, die der Akademie durch die Verdopplung der Einnahmen zwischen den Jahren 1924 und 1939 zur Verfügung standen. Von den ca. 350.000 RM Mehreinnahmen flossen ca. 80.000 über den Personaletat und ca. 200.000 über die Position „Akademische Forschung“ in die wissenschaftlichen Unternehmungen.

Durch die Umschichtung der Personalmittel einerseits und durch die Konzentration der jährlichen Finanz-Zuwächse auf die Forschungsvorhaben andererseits, sowie ab 1936 auch durch die Inanspruchnahme von zusätzlichen Fördergeldern des Reichs, stiegen also die Mittel für die akademischen Unternehmungen bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges wieder kontinuierlich an. Daß die Akademie alle Reserven ausschöpfte, wird am immer kleiner werdenden „übertragbaren Rest“ – den nicht in Anspruch genommenen Mitteln, die in den jeweiligen Jahresetat für das Folgejahr übernommen wurden – deutlich. Ob damit insgesamt der Ausfall der Stiftungsmittel kompensiert werden konnte, ist eher zu bezweifeln. An eine weitere Aufstockung der Mittel durch den NS-Staat war nach Kriegsbeginn allerdings nicht mehr zu denken.

Sorge bereitete nun der Akademieleitung die immer begieriger werdenden Blicke des Staates auf die Stiftungen der Akademie. Schon am 11. Juni 1938 hatte das zuständige Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung bei der Akademieleitung angefragt, für welche Zwecke die Akademie den Ertrag aus dem Stiftungskapital nutze.⁵⁰ Minister Bernhard Rust ersuchte die Akademie zu überprüfen, ob mit den zur Verfügung stehenden Beträgen nicht einige wissenschaftliche Unternehmungen, etwa der „Atlas des Deutschen Lebensraumes“, im Haushaltsjahr 1938 rascher gefördert werden könnten.⁵¹ Am 1. Oktober 1938 berichtete die Akademie dem Ministerium, daß diese Mittel üblicherweise zur Auffüllung des Stiftungskapitals eingesetzt werden. Das müsse auch weiter geschehen, zumal die kulturelle Wohlfahrtsrente, die 1925 vom Reich u. a. genau zu diesem Zwecke geschaffen worden war und von der die Akademie erheblich profitiert hatte, am 31. März 1937 fortgefallen sei. Da dieses „Auffüllungswerk zu seinem vorläufigen Ende gekommen [sei], obwohl der hohe ursprüngliche Betrag der Stiftungen noch längst nicht erreicht ist“, wäre seitens der Akademieleitung bereits in Erwägung gezogen worden, über

⁴⁹ Vgl. dazu Kocka/Hohlfeld/Walther, „Vorgeschichte und Struktur“, S. 422ff.

⁵⁰ Dabei handelte es sich um immerhin 217.980,58 RM. Das Stiftungskapital wurde 1937 mit 2.057.251,86 RM beziffert. Der Zinsertrag aus den Stiftungen betrug 1937 allerdings nur ca. 100.000 RM. Die Gesamtsumme beinhaltete noch den Restbestand aus 1936, einschließlich der Bestandteile Kulturelle Wohlfahrtsrente und nicht aufgebrauchte Haushaltsmittel. AAW Berlin, II-XVII, 52, Bl. 55.

⁵¹ AAW Berlin, II-XVII, 52, Bl. 55.

die Wiederverwendung eines Teiles der Stiftungen zu beraten.⁵² Diese Aussagen genügten dem Ministerium jedoch nicht. Am 22. November 1938 kündigte Rust eine grundlegende Neuregelung der Stiftungsangelegenheiten der Akademie an. Sie sollten in einem Sinne gestaltet werden, wie es „die Verhältnisse der *heutigen* Zeit zwingend erfordern“. Es ginge nicht an, Kapital ungenutzt liegen zu lassen und nur dadurch für die ungewissen Forderungen einer Zukunft sorgen zu wollen, daß „Kapital zu Kapital gehäuft wird“. Er forderte, daß die Stiftungseinkünfte grundsätzlich in voller Höhe für die einzelnen Stiftungszwecke und für die allgemeinen Aufgaben der Akademie verwendet werden sollten. Etwaige jüdische Stiftungsnamen und jede jüdische Mitwirkung bei der Verwaltung der Stiftungen müßte beseitigt werden. Die aus der Jubiläumstiftung Berlin zur Verwendung stehenden Einkünfte von etwa 3.500 RM seien – unter entsprechender Verringerung der Inanspruchnahme der von der Deutschen Forschungsgemeinschaft bereitgestellten Beihilfe – für das Grimmsche Wörterbuch zu verwenden.⁵³

Daß hier Finanzen zum Nachteil der Akademie umverteilt werden sollten, stieß in der gesamten Akademie auf Widerstand. Die Akademieleitung setzte offenbar in dieser Angelegenheit auf Zeit. Es bedurfte zweier weiterer ministerieller Erlasse, bis die Akademie überhaupt nach außen hin tätig wurde.⁵⁴ Vizepräsident Ernst Heymann legte der Akademie am 24. Oktober 1939 einen ausführlichen Bericht über die Situation der Stiftungen vor und unterbreitete Vorschläge zu deren Neuordnung. Auf einer außerordentlichen Gesamtsitzung sollte zwei Tage später die Abänderung der Stiftungssatzungen debattiert und beschlossen werden. Nur die großen und mittleren Stiftungen sollten erhalten bleiben. Sie wären aber nötigenfalls in geeigneter Weise „der heutigen Staatsauffassung“ anzupassen, wozu Name und Zweck einer Stiftung im Bedarfsfalle „etwas“ umgestaltet werden müßten. Unter den gleichen Bedingungen seien diejenigen Stiftungen, deren Kapital so zusammengeschmolzen sei, daß ein selbständiger Fortbestand keinen Sinn mehr habe, zu einem einheitlichen Stiftungsfonds – bei Beibehaltung des zulässigen, also eines nicht-jüdischen Namens – zusammenzufassen. Die Einkünfte aus den Stiftungen sollten jetzt für Aufgaben der Akademie verwendet werden; für die Dauer des Krieges auch unabhängig vom Stiftungszweck, da erhebliche Mittelkürzungen von seiten des Staates befürchtet wurden. Während der Kriegszeit hatte der Präsident, zumindest für die Einkünfte der kleinen und mittleren Stiftungen, das alleinige Verfügungsrecht.⁵⁵

⁵² Schreiben des Sekretars Ernst Heymann an das REM, abgeschickt am 1. Oktober 1938, AAW Berlin, II-XVII, 52, Bl. 59.

⁵³ Amtschef Wissenschaft Otto Wacker am 22. November 1938 im Auftrag des Ministers an die Akademie, AAW Berlin, II-XVII, 52, Bl. 62.

⁵⁴ Das Ministerium mahnte am 5. Mai und am 26. September 1939. Vgl. AAW Berlin, II-XI, 160.

⁵⁵ Die kleinen Stiftungen bildeten den Stiftungsfonds. Bei den mittleren Stiftungen war die Bopp-Stiftung nicht eingeschlossen, dafür aber die Fischer-Stiftung aus der Gruppe der großen. Vgl. Ernst Heymann, Zu der Angelegenheit der Stiftungen mit eigenem Vermögen, 24. Oktober 1939 sowie Heymann und Helmuth Scheel (Berichterstatter), unterzeichnet Theodor Vahlen, Bericht an das REM, 1. November 1939, AAW Berlin, II-XI, 160.

Tabelle 7: Die Stiftungen der Preussischen Akademie der Wissenschaften

	1918 (in M)		1938 (in RM)		1943 (in RM)	
	Kapital	Einnahmen	Kapital	Einnahmen	Kapital	Einnahmen
<i>Große Stiftungen</i>						
Heckmann-Wentzel-Stiftung	1.834.700	114.293	941.975	42.934	1.127.075	47.796
Jubiläumstiftung Stadt Berlin	119.800	15.079	80.213	3.537	83.675	3.329
Albert-Samson-Stiftung	935.570	54.340	154.450	6.900	177.650	7.037
Ernst-Solvay-Stiftung	309.220	31.374	499.600	22.632	537.313	23.144
Emil-Fischer-Stiftung	–	–	224.425	9.706	244.400	8.772
<i>Mittlere Stiftungen</i>						
Bopp-Stiftung	49.100	3.950	38.525	1.683	42.025	1.600
Eduard-Gerhard-Stiftung	69.750	9.315	37.137	1.731	31.238	1.243
Dr.-Karl-Güttler-Stiftung	54.400	2.068	38.988	1.697	34.888	1.375
Eduard-Hitzig-Stiftung	91.100	3.211	44.875	1.917	42.725	1.624
Paul-Rießsche-Stiftung	244.200	8.507	79.850	3.754	80.300	3.199
Steiner-Stiftung	49.300	5.238	36.725	1.598	33.300	1.305
Graf-Loubar-Stiftung	38.000	5.998	28.038	1.220	26.938	1.045
<i>Stiftungen für Medaillen</i>						
Bradley-Stiftung	2.000	706	50	0	1.250	48
Helmholtz-Stiftung	67.900	4.576	16.113	701	18.013	707
Hermann-Vogel-Stiftung	17.800	675	10.175	441	10.675	347
<i>Stiftungsfonds</i> (gemeinsames Kuratorium)						
de Groot-Stiftung	15.000	1.492	3.325	2.131		
Adolf-von-Harnack-Stiftung	23.900	1.951	6.950	301		
Max-Henoch-Stiftung	–	–	3.425	145		
Theodor-Mommsen-Stiftung	100.500	5.806	5.275	162		
Otto-Reinke-Stiftung	–	–	600	31	106.613	4.297
Julius-Rodenberg-Stiftung	–	–	64	2		
Wilhelm-Tschorn-Stiftung	–	–	300	14		
B.-Büchschütz-Stiftung	–	–	10.125	383		
Math.-physik. Stiftungsfonds	–	–	21.625	941		
Summe	4.022.240	268.578	2.282.828	104.561	2.598.078	106.868

In dieser Tabelle sind einige Stiftungen wegen der derzeitigen Quellenlage nicht erfaßt: Humboldt-Stiftung (1869), Hippokrates-Stiftung (1920), Imhof-Blumer-Stiftung (1942 / 63.762,50 RM), Philologengabe (1942 / 27.500 RM), Reck-von-Grumbkow-Stiftung (1943 / 130.000 RM). Besonders für die Zeit um 1943 existieren unterschiedliche Angaben für die einzelnen Stiftungen. Die letzte Auflistung vom 30. April 1944 beziffert das gesamte Stiftungsvermögen mit insgesamt 2.919.962 RM (Quelle hierzu: Jahresabschluß für 1943, AAW, II-XVII, 54). Die Statuten der meisten aufgeführten Stiftungen sind abgedruckt in: Hartkopf/Wangermann, *Dokumente*, S. 123–399. Quelle: Etat- und Rechnungssachen der Preussischen Akademie der Wissenschaften, AAW Berlin, II-XVII, 42 (1918), Bl. 107 und Nr. 52 (1938), Bl. 54; Stiftungsangelegenheiten II-XI, 160, Kassenanschlag 1943 vom 31. Oktober 1943.

Die Akademie folgte den Vorgaben Heymanns. Auf der Gesamtsitzung am 26. Oktober 1939 wurden die entsprechenden Veränderungen einstimmig beschlossen.⁵⁶ Diese Beschlüsse hat aber selbst die nationalsozialistisch dominierte Akademieleitung nie konsequent umgesetzt. Trotz beständiger Mahnungen des Ministeriums, die geforderten Mittel aus den Stiftungen „flüssig [zu] machen und zur Entlastung des staatlichen Haushaltes heran[zuziehen“, ließ man sich die Geldangelegenheiten nicht aus der Hand nehmen. Im Februar 1944 klagte der Direktor der Akademie, Helmuth Scheel: „Der Minister hat in Angelegenheiten der Stiftungen schon wieder erinnert. Ich weiß mir keinen anderen Ausweg, als vorläufig einen hinhaltenden Bericht durch den Herrn Präsidenten vorlegen zu lassen.“⁵⁷ In diesem Schreiben teilte er dem Minister mit, daß die Akademie gegenwärtig leider nicht in der Lage sei, Vorschläge zur Entlastung der Staatskasse zu machen. Die Umbildung und Neuordnung der Stiftungen könne nicht weiter gefördert werden, nachdem durch Feindeinwirkung beim Brand des Hauses von Ernst Heymann in der Nacht vom 22. auf den 23. August 1943 sämtliche Handakten sowie andere amtliche Vorgänge, auch die die Stiftungen betreffenden, ein Raub der Flammen geworden seien. Das Schreiben endete: „Im übrigen werden die Arbeiten zur Wiederherstellung der Stiftungsunterlagen, für die Neubesetzung der Kuratoren usw. fortgeführt, soweit die Verhältnisse dies gestatten und ich werde den Herrn Reichsminister zu gegebener Zeit über den Fortgang weiter berichten.“⁵⁸ Dazu ist es aber nicht mehr gekommen. Minister Rust und die Preußische Oberrechnungskammer mußten sich bis Kriegsende damit begnügen, daß die Akademie von ihren Forderungen und Wünschen nur noch „Kenntnis genommen“ hat.⁵⁹

Die Unübersichtlichkeit der finanziellen Verhältnisse der Akademie in den Kriegsjahren, besonders in bezug auf die ihr angegliederten und von ihr verwalteten Stiftungsvermögen waren sicher nicht nur dem taktischen Geschick der Akademieleitung geschuldet. Sie ist nur vor dem Hintergrund der desolaten finanziellen Situation der Akademie in Folge der wirtschaftlichen Verluste während der Inflationszeit und der staatlichen Zuwendungspolitik zu verstehen. Auch das Fehlen größerer Zuschüsse aus anderen Quellen, etwa seitens der Wirtschaft, trug erheblich dazu bei, daß die Akademie im Gefüge der Wissenschaftsinstitutionen tendenziell immer weiter an Bedeutung verlor. Für ein abschließendes Urteil darüber fehlen allerdings systematische Studien, die diese Zusammenhänge differenziert untersuchen. Dies muß weiteren Forschungen vorbehalten bleiben.

⁵⁶ Vgl. Protokoll der außerordentlichen Gesamtsitzung vom 26. Oktober 1939. Im Vorfeld der Sitzung waren den Mitgliedern Heymanns Vorstellungen zugeleitet worden. Die Einladung forderte ausdrücklich zum vollzähligen Erscheinen auf, um die Beschlußfassung nicht zu gefährden. AAW Berlin, II-XI, 160.

⁵⁷ Akademiedirektor Helmuth Scheel an Hermann Reicke, den Nachfolger Heymanns als Justitiar der Akademie vom 9. Februar 1944, AAW Berlin, II-XI, 160.

⁵⁸ Präsident der PAW an Reichsminister Rust vom 17. Februar 1944. Der Brief ging in Kopie an die Preußische Rechnungskammer. AAW Berlin, II-XI, 160.

⁵⁹ Vgl. Antwortschreiben der Preußischen Rechnungskammer vom 29. Februar 1944 an die Akademie auf deren Schreiben vom 17. Februar an Reichsminister Rust. AAW Berlin, II-XI, 160.

Wissenschaftssystem und Staat

I. 1919 bis 1933

Trotz der Erfahrungen im Ersten Weltkrieg revidierte die Preußische Akademie keinesfalls ihre konservativ-nationalistische Grundhaltung und Staatsloyalität. Das zeigte sich nun im Ritual einer Zelebrierung des Hauses Hohenzollern und in einem Friedrichsmythos, der vor allen Dingen an den Festtagen der Akademie zelebriert wurde.⁶⁰ Gegenüber der Republik blieb die Mehrheit der Akademiemitglieder skeptisch, neben rechtskonservativen Positionen koexistierten nationalliberale, aber keine sozialdemokratischen Positionen. Die einzige liberale Haltung in der Akademie vertrat Albert Einstein, der damit allerdings in der deutschen Gelehrtenrepublik völlig isoliert war. Obwohl Max Planck die wissenschaftlichen Arbeiten Einsteins in höchstem Maße anerkannte, konnte er kein Verständnis für dessen politische Grundhaltung aufbringen. Zwischen dem staatsloyalen, aus einer Juristentradition stammenden Planck und dem internationalen Pazifisten Einstein lagen politische Welten. Diese unüberbrückbaren Gegensätze machten es Planck unmöglich, Verständnis für Einsteins Kommentare über die Machtübernahme der Nationalsozialisten in der amerikanischen Presse aufzubringen. In der Person Plancks zeigte sich besonders deutlich der innere Konflikt zwischen nationalistischer und staatstragender Gesinnung und wissenschaftlichem Ethos.⁶¹

Preußisches Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung

Durch die Neuordnung des Deutschen Reiches entsprechend der Weimarer Verfassung vom 11. August 1919 wurde die staatliche Selbständigkeit Preußens nicht abgeschafft. Die preußischen Verwaltungsorganisationen hatten im großen und ganzen Bestand; damit auch die Dominanz des leistungsfähigen Preußischen Kultusministeriums,⁶² das 1917 auf eine 100jährige Erfahrung verweisen konnte. Aus der Königlich-Preußischen wurde nun die Preußische Akademie der Wissenschaften. Sie war weiterhin eine selbständige wissenschaftliche Körperschaft des öffentlichen Rechts. Vorgeordnete staatliche Behörde blieb das Preußische Kultusministerium, aus dessen Etat die Akademie einen Teil ihrer Finanzen erhielt; der Rest kam aus Stiftungserträgen.

Letzter Königlich-Preußischer Kultusminister war von 1917 bis 1918 Friedrich Schmidt-Ott (EM 1914) gewesen.⁶³ In den acht preußischen Regierungen der Weimarer

⁶⁰ Vgl. den Beitrag von Wolfgang Hardtwig in diesem Band.

⁶¹ Vgl. die Beiträge von Wolfgang J. Mommsen, Dieter Hoffmann und Peter Th. Walther in diesem Band.

⁶² Damals noch Preußisches Ministerium der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten.

⁶³ Vgl. Schmidt-Otts Autobiographie *Erlebtes und Erstrebtes* sowie Treue, „Friedrich Schmidt-Ott“, S. 235–250.

Zeit amtierten fünf Kultusminister.⁶⁴ Nachhaltig prägte vor allem Carl Heinrich Becker die Wissenschaftspolitik. Becker, seit 1906 Professor für Orientalistik, hatte unter Schmidt-Ott 1916 als Personalreferent für die Universitäten im Kultusministerium begonnen und wurde nach dem Krieg mehrfach zum Staatssekretär bzw. Minister berufen. Für die Belange der Akademie waren vor allem die jeweiligen Leiter der Hochschulabteilung von Bedeutung: bis 1920 Otto Naumann (Jurist, seit 1884 im Kultusministerium), danach die Professoren Hugo Krüss (bis 1925) und Werner Richter (bis zur Machtübernahme der Nationalsozialisten).⁶⁵

Das Reich und die Wissenschaftspolitik

Hauptproblem der Wissenschaftspolitik wurde wegen der allgemeinen Not sehr schnell die Finanzierung der Wissenschaft, die die Länder nun allein nicht mehr sichern konnten. Hatten sie bisher jede Ausdehnung der kulturpolitischen Kompetenzen des Reiches zu verhindern versucht und Tendenzen der „Verreichlichung“ – wie die Errichtung wissenschaftlicher Reichsanstalten⁶⁶ oder das Engagement bei internationalen Unternehmungen – zumindest mit Argwohn betrachtet, riefen sie nun nach der Verantwortung des Reiches. Wissenschaft und Wissenschaftspolitiker beschworen gemeinsam das nationale Rettungspotential der Wissenschaft.⁶⁷ Auch das Preußische Kultusministerium, unter Friedrich

⁶⁴ Conrad Haenisch (MSPD) und Adolf Hoffmann (USPD) gemeinsam in der vorläufigen Regierung Hirsch-Ströbel (12. November 1918 bis 3. Januar 1919); Conrad Haenisch (SPD) im ersten und zweiten Kabinett Hirsch (4. Januar 1919 bis 29. März 1920) und im ersten Kabinett Braun (29. März 1920 bis 21. April 1921); Carl Heinrich Becker (parteilos) im Kabinett Stegerwald (21. April 1921 bis 7. November 1921); Otto Boelitz (DVP) im zweiten Kabinett Braun (7. November 1921 bis 18. Februar 1925); Carl Heinrich Becker im Kabinett Marx (18. Februar 1925 bis 4. April 1925) und im dritten Kabinett Braun (4. April 1925 bis 30. Januar 1930); Adolf Grimme im dritten Kabinett Braun (30. Januar 1930 bis 25. März 1933). Vgl. zu den Regierungen: Schulze, *Otto Braun*. Adolf Grimme mußte allerdings bereits im Zusammenhang mit dem sogenannten „Preußenschlag“ durch Papen sein Amt aufgeben. Vom 20. Juli 1932 bis 30. Oktober 1932 wurde zunächst Aloys Lammers vom Reichskommissar für Preußen mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt. Danach wurden Stellvertreter des Reichskommissars für das Kultusministerium ernannt: Wilhelm Kähler 20. Oktober 1932 bis 3. Februar 1933, Bernhard Rust 3. Februar 1933 bis 7. April 1933. Rust wurde dann Minister. Vgl. BA/B, R 4901, Bd. 1.

⁶⁵ Werner Richter schied bereits im Zusammenhang mit dem sogenannten „Preußenschlag“ durch Papen (20. Juli 1932) aus dem Amt. Bis Theodor Vahlen im April 1936 an die Spitze der Hochschulabteilung (die dann Amt Wissenschaft hieß) kam, amtierten nacheinander: Erich Leist, Justus Theodor Valentiner und Georg Gerullis. Zum Literaturhistoriker Richter vgl. Moser/Schäfer, „Werner Richter 1887–1960“. Zum Physiker und späteren Generaldirektor der Preußischen Staatsbibliothek (ab 1925) Hugo Krüss (1879–1945) vgl. Fuchs, „Krüss“.

⁶⁶ Deutsches Archäologisches Institut, Deutsches Reichsgesundheitsamt, Physikalisch-Technische Reichsanstalt, Chemisch-Technische Reichsanstalt.

⁶⁷ Hierzu ausführlich die Beiträge von Wolfgang Hardtwig, Wolfgang J. Mommsen und Peter Nörtzoldt in diesem Band.

Althoff und seinem langjährigen Mitarbeiter Schmidt-Ott de facto zu einem heimlichen Reichswissenschaftsministerium aufgestiegen, wollte sich dieser Entwicklung nicht verschließen.

Für wie unabdingbar die stärkere Einbindung des Reiches gehalten wurde, zeigt der Umstand, daß ausgerechnet der letzte Königlich-Preußische Kultusminister die Initiative ergriff. Schmidt-Ott forderte im April 1919 im Rahmen der Neuorientierung deutscher Politik eine zielbewußte Kulturpolitik des Reiches, ohne „zwangsweise Zentralisierung“ und ohne „jede bürokratische Bevormundung“, schon weil dem Reich die fachkundige Beamtenschaft fehle.⁶⁸ „Er wollte den fortgefallenen Stabilisierungsfaktor ‚Monarchie‘ durch ein neues Element der Stabilisierung ersetzen, die Förderung deutscher Kultur und Wissenschaft durch das Reich.“⁶⁹ Carl Heinrich Becker vertrat in einer Denkschrift ähnliche Ansichten: „Wir stehen vor der ungeheuer schweren Aufgabe, ein neues einigendes Band zu suchen, das uns über unseren Stammespartikularismus, über unsere konfessionelle Spaltung und über unsere berufsständische und soziale Gliederung hinaus zum Einheitsvolk werden läßt. Nötiger wie je braucht Deutschland jetzt eine bewußte Kulturpolitik.“ Kulturpolitik sei die „bewußte Einsetzung geistiger Werte im Dienste des Volkes zur Festigung im Innern und zur Auseinandersetzung mit anderen Völkern“.⁷⁰

Ergebnisse dieser Anregungen waren zweifellos die Gründung der kulturpolitischen „Abteilung III für Bildung und Schule“ im Reichsinnenministerium im Juli 1919⁷¹ und die in der Reichsverfassung vom 11. August 1919 dem Reich zugestandenen grundlegenden Kompetenzen zur Rahmengesetzgebung für das Schulwesen einschließlich des Hochschulwesens. Zur Gründung eines 1920 im Reichsinnenministerium erwogenen „Reichskommissariats für Wissenschaft“ unter der Leitung von Schmidt-Ott kam es jedoch nicht.⁷² Aber schließlich erblickte doch noch im gleichen Jahr mit der „Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft“ eine für das gesamte Reich zuständige Selbstverwaltungsinstitution der Forschungsförderung das Licht der Welt.

Die Akademien und die neuen Herausforderungen

Besonders das Preußische Kultusministerium hätte es gern gesehen, wenn die Akademien, allen voran die Preußische, bereit gewesen wären, größere Verantwortung bei der Überwindung der Not und der inneren Zerrissenheit in der Nachkriegszeit zu übernehmen. Die

⁶⁸ Vgl. Schmidt-Ott, „Die Kulturaufgaben und das Reich“, S. 451–464.

⁶⁹ Schulze, *Stifterverband*, S. 52.

⁷⁰ Carl Heinrich Becker, *Kulturpolitische Aufgaben des Reiches*, Leipzig 1919, S. 5, 13. Vgl. dazu generell: Düwell, „Staat und Wissenschaft in der Weimarer Epoche“, und Müller, *Weltpolitische Bildung und akademische Reform*.

⁷¹ Diese Abteilung entstand mit Amtshilfe von Hugo Krüss und wurde von 1921 bis 1934 von Max Donnevert (1872–1936) als ruhendem Pol unter 16 Innenministern in 18 Kabinetten geleitet. Mit der Akademie hatte diese Abteilung allerdings wenig Berührung.

⁷² Vgl. hierzu und zu dieser Phase generell auch vom Brocke, „KWG in der Weimarer Republik“, S. 204ff.

Kultusbeamten hielten die Akademien für geradezu prädestiniert, jene Funktion auszufüllen, die dann die Notgemeinschaft übernahm.⁷³ Nachdem sich die Akademie auch bei anderen Anregungen des Kultusministeriums distanziert bis ablehnend verhielt – z. B. die Angriffe gegen Einstein öffentlich zurückzuweisen oder über die Gründung einer Klasse für Technikwissenschaften nachzudenken – blieben die Beziehungen zwischen beiden Einrichtungen zwar sehr wohlwollend, aber wenig funktionsorientiert: Die Akademie wollte nicht „ins Leben hinein“⁷⁴ und das Ministerium konnte daran nichts ändern.

Nur einmal gab das Ministerium diese Zurückhaltung gegenüber der wissenschaftlichen Selbstverwaltung auf. Die Zuschüsse des Reiches für die zwei wichtigsten Institutionen der Wissenschaftsförderung, der Notgemeinschaft und der KWG, waren zwar beständig gestiegen, aber der Einfluß der Regierung auf diese Institutionen hatte mit der Zunahme der Staatsfinanzierung nicht Schritt gehalten. Im Preußischen Kultusministerium, wo über Jahrzehnte Fürsorgepflicht und Mitbestimmung in Sachen Forschung in Symbiose erfolgreich kultiviert worden war, betrachtete man dies mit großem Argwohn. 1928 ging der Preußische Kultusminister Becker zum Gegenangriff über und prangerte öffentlich an, daß die KWG zwar ungefähr zur Hälfte von staatlichen Stellen finanziert werde, aber Form und Befugnisse einer privaten Gesellschaft behalten habe. Becker forderte, „daß die Führung auch in der Wissenschaftspflege an die staatlichen Stellen zurück muß, und zwar in erster Linie an das Reich“.⁷⁵ Das forderte er nicht nur für die KWG, sondern noch mehr für die Notgemeinschaft, wo Friedrich Schmidt-Ott „als gelehriger Schüler von Althoff es verstanden habe, alles so aufzuziehen, daß niemand einen Einblick habe“ – also nicht die gepriesene „wahre Selbstverwaltung“ herrsche.⁷⁶ Das Kultusministerium wünschte, daß in dieser Situation gerade die Akademien, allen voran die Preußische, mehr Funktionen in der nationalen Forschungsorganisation wahrnehmen sollten. Offensichtlich erschienen die Akademien einerseits kompetent genug, die Forschungsförderung zu bündeln und andererseits auch loyal genug gegenüber den staatlichen Instanzen. Daher kamen Wer-

⁷³ Vgl. dazu den Beitrag von Peter Nötzoldt in diesem Band.

⁷⁴ Harnack hatte 1912 bei der Akademie Stagnation konstatiert und gefordert: „Die Akademie muß ins Leben hinein“. Vgl. Brief Adolf von Harnack an Hermann Diels vom 28. Dezember 1912, in: Kocka, *Preußische Akademie*, S. 460–463, hier S. 461.

⁷⁵ Becker, „Probleme der Wissenschaftspflege“. Vgl. hierzu grundlegend: vom Brocke, „KWG in der Weimarer Republik“, S. 335f.; Zitate S. 337, 339.

⁷⁶ Becker hatte schon in seinem Vortrag „Probleme der Wissenschaftspflege“ die Notgemeinschaft heftig als eine Einrichtung kritisiert, die sich entgegen ihrer ursprünglichen Konzeption als Selbsthilfeorganisation zu einer „privaten Interessenorganisation“ entwickelt habe. Im November 1928 teilte er seine Kritikpunkte gemeinsam mit Werner Richter dem Schatzmeister der Notgemeinschaft, Arthur Salomonsohn, mit. Die nun beginnenden heftigen Auseinandersetzungen führten zu einer Reorganisation der Notgemeinschaft, die Ende 1929 den Namen „Deutsche Forschungsgemeinschaft“ annahm. Vgl. hierzu grundlegend Zierold, *Forschungsförderung*, S. 108ff., Zitat S. 109f., neuerdings: Hammerstein, *Deutsche Forschungsgemeinschaft*, S. 59, 76ff., sowie Szöllösi-Janze, *Fritz Haber*, S. 623ff., sowie in diesem Band der Beitrag von Peter Nötzoldt.



Akademienmitglieder vor einer Gesamtsitzung, 1932.
 von links: Ulrich Stutz, Hermann Diels, Albert Brackmann, Ernst Heymann, Otto Franke, Adolf Erman,
 Adolf Goldschmidt, Ulrich Wilcken, Hans Lietzmann und Richard Hesse
 © Ullstein Bilderdienst

ner Richters Vorstellungen, den Akademien das Patronat über die Forschungsinstitute der KWG zu übertragen und neu zu gründende Institute unmittelbar mit ihnen zu verbinden. In die gleiche Richtung ging Carl Heinrich Beckers eindringliche Mahnung an die Preußische Akademie, darüber nachzudenken, ob sie einem „ihrer wesentlichen Zwecke, [...] der Forschungsorganisation zu dienen,“ genügend nachkomme. Becker führte weiter aus: „Ich sehe es als eine zeitgemäße Aufgabe der Akademie an, gerade diese Frage zu prüfen und mir dadurch die Voraussetzungen zu schaffen, die notwendig sind, um nicht nur den Fortbestand, sondern auch den Ausbau der Akademie im Sinne erweiterter Forschungsorganisation zu sichern.“⁷⁷

Diesmal zeigte sich die Preußische Akademie bereit, einige Aufgaben der Notgemeinschaft zu übernehmen, um dadurch und durch den Ausbau des eigenen Forschungspotentials sich „wieder zu dem zu machen, was sie einmal war, zum Mittelpunkt aller For-

⁷⁷ Vgl. Richter, „Organisation der Wissenschaft in Deutschland“, S. 12; C. H. Becker, Brief an die PAW am 21. Mai 1929, AAW Berlin, II-XIV, 33, Bl. 49f.



*Akademienmitglieder nach einer Gesamtsitzung im Treppenhaus der Akademie, 1932.
von links: Bruno Meissner, Adolf Goldschmidt, Ulrich Stutz, Ulrich Wilcken, Hans Lietzmann,
Walther Nernst und Ludwig Bieberbach
© Ullstein Bilderdienst*

schung⁷⁸. Allerdings konnte offensichtlich weder das Kultusministerium noch die Akademie die Geister bändigen, die man einst selbst gerufen hatte. Die Notgemeinschaft, seit 1929 Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), und später auch die KWG gingen gestärkt aus der Krise hervor; die politische Funktionserweiterung der Akademie ließ sich dagegen nicht realisieren.

II. 1933 bis 1945

War vom Deutschen Kaiserreich und dann auch von der Weimarer Republik eine anerkannt wissenschaftsfreundliche Politik betrieben worden, so bedeutete die Machtübernahme der Nationalsozialisten auch hier eine folgenschwere Zäsur. Die neuen Machthaber standen der Wissenschaft distanziert bis hilflos gegenüber. Wissenschaftspolitik konzen-

⁷⁸ Hierzu ausführlich Peter Nötzoldt in diesem Band. Zitat aus dem Brief der vier Akademiesekretäre Max Planck, Max Rubner, Heinrich Lüders und Ernst Heymann vom 14. Juni 1929 an das Kultusministerium, AAW Berlin, II-XIV, 33, Bl. 61.

trierte sich auf zwei Maxime: auf die Durchsetzung des „Führerprinzips“ und auf die Ausschaltung der „Nichtarischen“. Adolf Hitler war Wissenschaft „grundsätzlich unsympathisch“,⁷⁹ und was ihm „unsympathisch“ war, überließ er meist anderen. So versuchten im „Dritten Reich“ eine Vielzahl, teils stark rivalisierender Staats- und Parteibehörden, ihre eigenen Vorstellungen von Wissenschaftspolitik durchzusetzen. Im oft chaotischen Kampf der Machthaber wie auch unter den Wissenschaftlern um wissenschaftliche Pfründe blieb die Akademie als Institution eher ein Nebenschauplatz. Nicht wenige ihrer Mitglieder agierten aber durchaus auf Hauptschauplätzen und brachten ihre wissenschaftlichen Interessen ins Spiel.

Mit den Forderungen der neuen Machthaber nach Ausgrenzung der „Nichtarier“ war die Akademie sofort konfrontiert. Sie erfüllte diese ohne erkennbaren Widerstand.⁸⁰ Die Forderung nach der Durchsetzung des „Führerprinzips“ betraf die Akademie zunächst nicht.⁸¹ An anderen Institutionen – Universität, PTR, KWG, DFG – ließ sich jedoch erkennen, was auf die eigene Einrichtung zukommen konnte. Die Reaktionen der Akademie lassen sich grob periodisieren: Nachdem die Akademie im Sommer 1933 erfolglos getestet hatte, ob sich mit den neuen Mächten ihre Reformpläne von 1929/30 verwirklichen ließen,⁸² versuchte sie Bisheriges zu bewahren, solange dies außerhalb des politischen Interesses lag (bis Anfang 1938). Sie zeigte sich willig, als sie ins politische Blickfeld rückte (1938 bis 1941). Sie probte den Aufstand gegen die Macht, nachdem ihre vorgesetzte staatliche Behörde selbst an Einfluß verlor (ab 1942).

Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung

Vorgesetzte Behörde der Akademie blieb das Preußische Kultusministerium, an dessen Spitze der Gauleiter der NSDAP Hannover-Braunschweig, Bernhard Rust, trat. Rust war vor seiner NS-Karriere Gymnasiallehrer gewesen. Er umgab sich sofort mit seinen politischen Gefolgsleuten.⁸³ Aus dem personell bereits stark veränderten Ministerium entstand

⁷⁹ So der Physiker Johannes Stark über seinen Führer, zit. nach Kleinert, *Lenard, Stark und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft*, S. 36.

⁸⁰ Von den Akademiemitgliedern waren die prominentesten Opfer Albert Einstein und Fritz Haber. Vgl. dazu die Beiträge von Renn/Castagnetti/Damerow, „Albert Einstein“ sowie die Beiträge von Wolfgang Hardtwig, Dieter Hoffmann und Peter Th. Walther in diesem Band. Ebenso: *Einstein in Berlin*; Szöllösi-Janze, *Fritz Haber*, S. 644f.

⁸¹ Vgl. dazu den Beitrag von Peter Th. Walther in diesem Band sowie Grau/Schlicker/Zeil, *Akademie im Imperialismus III*.

⁸² Vgl. Anfrage der Sekretare Max Planck, Heinrich Lüders und Heinrich von Ficker vom 1. August 1933 beim Ministerium betreffs der Denkschrift von 1930, GStAB, Rep. 76 V c Sekt. 2 Tit. 23 Litt. F Bd. XXIII, Bl. 1.

⁸³ Am 4. Februar 1933 wurde Bernhard Rust (1883–1945) in der NS-Regierung Stellvertreter des Reichskommissars für das Land Preußen mit dem Geschäftsbereich Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, am 21. April 1933 Preußischer Minister für Wissenschaft, Kunst und Kultur. Für die Akademie wurde besonders der am 15. März 1933 zum Referenten bestellte Mathematiker Theodor Vahlen (OM 1937) bedeutsam.

am 1. Mai 1934 zusätzlich das neue Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (REM). Rust wurde nun gleichzeitig Reichsminister und das REM entwickelte sich unter seiner Führung zum Hauptakteur der nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik in Deutschland. „Um die durch Personalunion geschaffene Vereinigung [...] auch äußerlich zum Ausdruck zu bringen, wurde für beide Ministerien eine gemeinsame Firma eingeführt, nämlich ‚Reichs- und Preußisches Ministerium für Wissenschaft und Volksbildung‘.“ Das erfolgte per Erlaß vom 20. Dezember 1934.⁸⁴

Als Rusts gefährlichster Konkurrent in Wissenschaftsfragen erwies sich nach der Machtübernahme 1933 zunächst Johannes Stark. Der durch den Nobelpreis „geadelt“ Physiker war wie Rust ein glühender Nationalsozialist. Als Verfechter der „Deutschen Physik“ gegen die „Jüdische (Theoretische) Physik“ genoß er das Vertrauen Hitlers. Die meisten seiner Fachkollegen hielten gerade aus diesem Grund Distanz.⁸⁵ Starks erstes Ziel war der Präsidentenstuhl der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt.⁸⁶ Den erhielt er am 1. Mai 1933 – „gegen das einhellige Votum aller befragten Fachmänner“⁸⁷. An der nächsten Hürde scheiterte Stark jedoch: Die Akademie verweigerte ihm Ende 1933 die Mitgliedschaft, obwohl alle fünf vorherigen PTR-Präsidenten die Liste der Mitglieder zierten.⁸⁸

Die Reichsakademie der Wissenschaften und der Reichsforschungsrat (Vorschlag Stark)

Das mag dazu beigetragen haben, daß Stark für eine Neugründung plädierte, als er am 30. April 1934 Hitler auftragsgemäß „eine kurze Formulierung von Vorschlägen zur Organisation der wissenschaftlichen Forschung“ vorlegte. „In grösster Bewunderung und Ergebenheit“ schlug er Hitler vor, eine „Reichsakademie der Wissenschaften“ und einen „Reichsforschungsrat“ zu gründen. Beiden sollte Hitler vorsitzen. Für die Reichsakademie war als Vizepräsident „ein führender deutscher Wissenschaftler“ vorgesehen – vermutlich er selbst. Beim Reichsforschungsrat wurde als „Geschäftsführer“ der Reichsforschungsminister aufgeführt. Die weiteren Informationen waren in unübertroffener Kürze: „Die

⁸⁴ Die „gemeinsame Firma“, wie Th. Vahlen sie nannte, behielt ihren Namen bis 1938. Nach dem „Anschluß“ Österreichs wurden in den Ministerien der preußische Namensbestandteil gestrichen. Jedoch existierte noch bis 1944 als Geldgeber für die Akademie das Preußische Finanzministerium. Vgl. Gründung REM 1. Mai 1934: Reichsgesetzblatt 1934, 1, S. 365; Gründung des Doppelministeriums am 20. Dezember 1934, Amtsblatt Deutsche Wissenschaft des REM, 1935, S. 15. Vgl. dazu auch Vahlen, „Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung im nationalsozialistischen Staate“.

⁸⁵ Vgl. dazu Richter, „Die ‚Deutsche Physik‘“.

⁸⁶ Am 3. Februar 1933 schrieb er an Philipp Lenard: „Endlich ist die Zeit gekommen, da wir unsere Auffassung von Wissenschaft und Forschen zur Geltung bringen können. [...] Hoffentlich ist Präsidentschaft der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt nach Paschen noch nicht besetzt.“ Zit. nach Laitko, *Wissenschaft in Berlin*, S. 530.

⁸⁷ Max von Laue, „Bemerkungen zu der vorstehenden Veröffentlichung von J. Stark“, in: *Physikalische Blätter*, 1947, S. 272.

⁸⁸ Vgl. den Beitrag von Dieter Hoffmann in diesem Band.

Reichsakademie vertritt die gesamte deutsche Wissenschaft im In- und Auslande. Die Reichsakademie umfasst die hervorragendsten deutschen Forscher in einer naturwissenschaftlichen und einer geisteswissenschaftlichen Abteilung. Der Reichsforschungsrat hat die grossen Richtlinien für die Entwicklung der gesamten deutschen Forschung zu bestimmen und die dafür bereitgestellten Mittel auf die verschiedenen Forschungsgruppen zu verteilen. Mitglieder: sämtliche Reichsminister, die Führer der Industriegewirtschaft und der Landwirtschaft und die Führer folgender Forschungsgruppen: 1. Physikalische, 2. Technische, 3. Geologische, 4. Hygienische, 5. Psychologische, 6. Historische, 7. Philologische Gruppe. Die wissenschaftlichen Mitglieder des Reichsforschungsrates dienen gleichzeitig dem Reichsministerium für Forschung und Erziehung als verantwortliche Berater in den sachlichen und persönlichen Angelegenheiten der Forschung und Erziehung.“ Das Reichsministerium, das gerade gegründet wurde, sah er als die „organisatorische Verwaltungseinheit“ mit äußerst eingeschränkten Kompetenzen.⁸⁹

Ob Hitler auf Starks Vorschläge antwortete, ist unbekannt. Rust berief er jedenfalls am 1. Mai 1934 zum Reichsminister und Stark wurde am 23. Juni 1934 auf „Wunsch des Führers“ und gegen das Votum der Akademie Präsident der DFG.⁹⁰ Der Machtkampf zwischen beiden verschärfte sich danach allerdings eher. Da dem REM am 11. Mai 1934 auch die Wissenschafts- und Bildungsbereiche der bisherigen Kulturabteilung des Reichsinnenministeriums unterstellt wurden, war Rust nun sogar Starks oberster Dienstherr; zumindest hinsichtlich der staatlichen Gelder. Letzteres galt ebenso für die KWG, nur schien hier das Konfliktpotential nach deren „Selbstgleichschaltung“ vom Mai 1933 wesentlich geringer.⁹¹

Mit dem REM existierte nun eine Zentralbehörde für die Wissenschaft, die die Macht in der Wissenschafts- und Bildungspolitik an sich reißen wollte und konkurrierende Wissenschaftsorganisationen unterzuordnen und „gleichzuschalten“ trachtete. Die unmittelbare Zuständigkeit lag beim Amt Wissenschaft – mit Theodor Vahlen als Amtschef Wissenschaft an der Spitze, aber vor allem mit einer Reihe machthungriger Referenten im Hintergrund. Wie Vahlen, der 1938 den Präsidentenstuhl der Akademie im Handstreich einnahm, sollten die Referenten Rudolf Mentzel, Erich Schumann, Peter Adolf Thiessen und Konrad Meyer eine steile wissenschaftspolitische Karriere machen.

Im Rustschen Ministerium hielt man zur Ausdehnung der eigenen Macht zwei Aufgaben für besonders dringlich: *Erstens die Reform der Universitätslandschaft mit dem Ziel*

⁸⁹ Vgl. Johannes Stark an Hitler, Brief und Anlage vom 30. April 1934 (im Zitat wurde die Textfolge etwas umgestellt), BA/B, Bestand Reichskanzlei, R 43 II, 1227a, Bl. 61–65.

⁹⁰ Vgl. dazu den Beitrag von Peter Nötzoldt in diesem Band.

⁹¹ Der Senat der KWG trat am 18. Mai 1933 zurück, um den Weg für eine mit dem Reichsinnenministerium vereinbarte „Reorganisation“ der Gesellschaft freizumachen. Der Senat wurde von „Nichtariern“ und den „politischen“ Vertretern der ehemaligen Reichs- und der preußischen Regierung „gereinigt“ und wählte am 28. Mai den Präsidenten und den neuen Verwaltungsausschuß. Max Planck übernahm nochmals für eine verkürzte Amtsperiode die Präsidentschaft. Später wird der Generalsekretär der Gesellschaft Friedrich Glum zu diesem Vorgehen sagen: „Als die Gleichschaltung kam, konnten wir sagen, daß wir davon nicht betroffen würden, da wir uns schon gleichgeschaltet hatten“. Albrecht/Hermann, „KWG im Dritten Reich“, S. 370f.

der „Verreichlichung des Hochschulwesens“. Da hatte man allerdings sofort die Kultus- und die Finanzminister der Länder sowie die Gauleiter der NSDAP als Gegner. Die Erfolge blieben bescheiden und letztlich scheiterte das Vorhaben bzw. wurde von Hitler auf die Nachkriegszeit verschoben. Zweitens versuchte das REM die Forschungsförderung zu zentralisieren und in die eigenen Hände zu bekommen. Dabei kamen Vahlen und seine Männer auf ganz ähnliche Ideen, wie sie Stark vorgeschlagen hatte. Ob sie Starks Papier kannten, ist ungewiß – da dieser seine Position bei jeder Gelegenheit auch öffentlich verkündete, jedoch auch unerheblich.⁹² Jedenfalls sollte nun eine Reichsakademie der Forschung gegründet werden.

Die Reichsakademie der Forschung (Vorschlag REM)

Die Reichsakademie der Forschung war als eine Mischung aus Starks Reichsakademie der Wissenschaften und seinem Reichsforschungsrat konzipiert. Sie sollte das ganze Spektrum der wissenschaftlichen Einrichtungen erfassen,⁹³ schloß aber die Wirtschaftsführer aus. Hauptunterschied war jedoch, daß sich das REM nicht auf die organisatorische Verwaltungseinheit reduzieren ließ. Zwar sollte auch hier Adolf Hitler als Galionsfigur präsidieren, aber dem Reichsminister alle weiteren Entscheidungen überlassen. Insbesondere strebten die Referenten im REM nach Machtpositionen, z. B. als Senatoren. Da es beträchtlichen Widerstand gab – auf den noch einzugehen ist – und sich zugleich die „verschiedensten Stellen berufen fühl[t]en, auf diesem Gebiet eine Reihe von Organisationen aufzuziehen, die sich der Leitung durch die Staatsführung entziehen“, kam das REM unter

⁹² Das hatte er schon bei seiner ersten Rede als Präsident der Forschungsgemeinschaft Ende Juni 1934 in München allen kundgetan und auf der Mitgliederversammlung im November in Hannover nochmals herausgestellt. In einem Memorandum „über die Notwendigkeit des Aufwandes von größeren Mitteln zur Förderung der deutschen Forschung“ stellte er die notwendigen finanziellen Forderungen. Vgl. hierzu die Reden von Johannes Stark auf der Kundgebung der DFG Ende Juni 1934 in München (*Bayerische Staatszeitung* vom 29. Juni 1934), auf der Mitgliederversammlung der DFG am 10. November 1934 in Hannover und das Memorandum von Ende 1934 in: BA/B, R 18, 5446, Bl. 135–175; hierzu insgesamt: Zierold, *Forschungsförderung*, S. 174f., 182ff., und Hammerstein, *Deutsche Forschungsgemeinschaft*, S. 152ff.

⁹³ Zunächst beabsichtigte das REM, alle Hochschul-, Kaiser-Wilhelm- und hochschulfreien Länderinstitute zur abgekürzt „HKL.-Organisation“ zusammenzufassen. Die neue Organisation sollte in Fachsparten gegliedert und die Fachspartenleiter zu Mitgliedern der Reichsakademie „kraft Amtes“ ernannt werden. Gemeinsam mit den Mitgliedern „kraft Ernennung“ durch das REM bildeten sie die drei Abteilungen der Akademie: für technische und Wirtschaftswissenschaften, für Naturwissenschaften und medizinische Wissenschaften, für Geisteswissenschaften. Dort sollte unter der Führung von Abteilungspräsidenten beraten und entschieden werden – auch über die Verteilung der Mittel, was die DFG überflüssig machte und auch über die Pflege der Beziehungen zum Ausland, was bisher als Domäne der alten Wissenschaftsakademien galt. Vgl. Entwurf, Gesetz über die Reichsakademie der Forschung von 1934, Satzung der Reichsakademie, Gesetz über die Gründung einer Organisation der Hochschul-, Kaiser-Wilhelm- und hochschulfreien Länder-Institute, BA/B, R21, 10998, Bl. 58ff.

Zeitdruck.⁹⁴ Die Gesetzesentwürfe wurden immer schlanker. Bei der erstrebten generellen Neuordnung der Forschungspolitik sparte das REM zunächst die Universitäten und Akademien aus. Über deren Zukunft sollte später entschieden werden.⁹⁵ Schließlich galt dies auch für die KWG. Deren Erhalt sei wegen ihres Ansehens im Ausland und um der Verbindung von Forschung und Industrie willen erforderlich.⁹⁶ Zum Schluß reduzierte sich alles darauf, Stark an die Leine zu nehmen. Sein Ausbau der DFG zu einer Art Reichsforschungsrat mußte durch die Errichtung einer Reichsakademie der Forschung als nationales Koordinierungsgremium der Forschungsförderung unter Federführung des REM verhindert werden. Die DFG sollte in der Reichsakademie aufgehen.⁹⁷ Einen entsprechenden Gesetzesentwurf reichte Rust am 9. Februar 1935 bei der Reichskanzlei ein.⁹⁸

Das Vorhaben war allerdings schnell publik geworden und verband zwei so politisch wie auch wissenschaftlich unterschiedliche Naturen wie Max Planck und Johannes Stark zu einer taktischen Allianz, weil ein gemeinsames Interesse, die wissenschaftliche Selbstverwaltung, höchst bedroht schien. Im Oktober 1934 hatten sie schon an Rust geschrieben: „Als Vertreter der beiden die gesamte deutsche Forschung umfassenden Organisationen“ KWG und DFG hielten sie es für ihre Pflicht, nochmals zu betonen, daß der Wiederaufbau Deutschlands, die Förderung der „deutschen Wirtschaft, der Landesverteidigung und des

⁹⁴ [Th. Vahlen], Chef des Amtes Wissenschaft am 10. Oktober 1939 an Minister Rust, BA/B, R21, 10998, Bl. 15.

⁹⁵ Ein weiterer Gesetzesentwurf vom Oktober 1935 klammerte die Hochschulinstitute und die Auslandsbeziehungen – also die Wissenschaftsakademien – aus. Alle anderen sollten, sofern „das Reich oder ein Land oder beide zusammen mit mehr als 50 Prozent an der Finanzierung beteiligt sind“, dem zuständigen Reichsministerium unterstellt werden. Die Reichsminister (oder bevollmächtigte Vertreter) und die Referenten des REM bilden – als die „beauftragten Vertreter von Partei und Staat“ – den Senat der Reichsakademie und entscheiden gemeinsam mit den als Fachvertreter vom REM berufenen führenden Männern der deutschen Wissenschaft. Vgl. Vorlage des Amtes Wissenschaft für den Minister am 10. Oktober 1935: Entwurf, Gesetz über die Unterstellung der hochschulfreien Forschungsinstitute unter die zuständigen Minister; Entwurf, Gesetz über die Gründung einer Reichsakademie der Forschung, Vorschlagsliste für Senatoren und Satzung, BA/B, R21, 10998, Bl. 15–22.

⁹⁶ Begründung zu dem Entwurf eines Gesetzes über die Gründung einer Reichsakademie der Forschung vom 16. Februar 1935, BA/B, R21, 10998, Bl. 6/4.

⁹⁷ Geplant war nun ein Rat für den Reichsminister. Der sollte aus 34 „besonders bewährten, anerkannten und erfolgreichen“ Forschern bestehen, „von denen jeder einzelne – mit den Befugnissen der seitherigen Ausschußvorsitzenden der Notgemeinschaft [DFG] ausgestattet – im Rahmen seines Sondergebietes die Planung und Mittelverteilung für ganz Deutschland vorschlägt“. Vgl. Begründung zu dem Entwurf eines Gesetzes über die Gründung einer Reichsakademie der Forschung vom 16. Februar 1935, BA/B, R21, 10998, Bl. 6/2.

⁹⁸ Über den am 9. Februar 1935 eingereichten Gesetzentwurf (Begründung am 16. Februar 1935 nachgeliefert) sollte auf der Kabinetsitzung am 26. Februar 1935 entschieden werden. BA/B, Bestand Reichskanzlei, R 43 II, 1227a, Bl. 139–141, 151–155. Am 25. Februar 1935 erklärte Rust: „Die Notgemeinschaft wird aufgelöst“ (Schnellbrief an den Finanzminister). Zugleich wies er die Reichskasse an, die Zahlungen für die Forschungsgemeinschaft „mit Wirkung vom 1. März einzustellen“ (Vahlen am 25. Februar 1935 im Auftrag Rusts an die Reichskasse). Vgl. dazu Hammerstein, *Deutsche Forschungsgemeinschaft*, S. 163ff., Zitate ebd., S. 167f.

deutschen Ansehens in der Welt nur in völliger Freiheit der Forschung von bürokratischer Bevormundung erfüllt werden könne“.⁹⁹

Planck versuchte nochmals im Januar 1935 mit einer Denkschrift über die „Berufung eines nationalen Forschungsrates“ die Pläne des REM zu durchkreuzen.¹⁰⁰ Er würdigte die KWG und die Forschungsgemeinschaft als „fundamental wichtige Einrichtungen einer Forschungsorganisation, die in Deutschland im Ganzen, [...] von Einzelheiten abgesehen, durchaus gesund und natürlich gewachsen, ja sogar vorbildlich für die Welt geworden“ sei und daher nicht angetastet werden dürften. Eine Zentralisierung lehnte er ab, da dies immer die „Gefahr der Bürokratisierung und Verknöcherung“ in sich berge. „Wünschenswert wäre es aber, eine Stelle zu schaffen, die in der Lage wäre, große, im nationalpolitischen, nationalwirtschaftlichen und wehrtechnischen Interesse notwendige Forschungsaufgaben zu studieren, anzuregen, vorzubereiten und ihre Durchführung den geeignetsten Forschungsstellen zu übertragen. [...] Unter dem Vorsitz des Führers und stellvertretendem Vorsitz des Herrn Reichsministers des Inneren sollte ein Nationaler Forschungsrat, dessen Mitglieder auf Vorschlag des Herrn Reichsministers des Inneren vom Führer zu berufen wären,“ seine Tätigkeit aufnehmen. Indem Planck dem REM die alleinige Kompetenz für die Forschung absprach, versuchte er das Projekt Reichsakademie zu verhindern. Als Rust nicht davon abließ, bemühte er sich, daß zumindest der Begriff „Akademie“ nicht benutzt werden sollte. Damit würde „überall, im Inland wie im Ausland, zunächst der Eindruck erweckt, daß zu den bisherigen Akademien [...] eine neue Akademie hinzukommt“. Planck plädierte für den Namen „Reichsrat für Forschung“.¹⁰¹

Es muß bezweifelt werden, daß sich Rust und sein Stab durch solche Appelle beeindruckten ließen. Die KWG wurde „aus taktischen Gründen“ nicht zerschlagen, wie eine geheime Absprache zwischen dem REM und dem Reichsluftfahrtministerium zeigt.¹⁰² Das Rustsche Vorhaben geriet erst in Gefahr, als Stark nochmals seine Parteibataillone mobilisieren konnte. Zunächst bat er um eine Rücksprache bei Hitler, die aber nicht zustande kam. Am 12. Februar 1935 beantragte er, die DFG der Zuständigkeit des REM zu entziehen und dem Reichskanzler und Führer direkt zu unterstellen.¹⁰³ Am 21. des Monats ersuchte er nochmals um Rücksprache bei Hitler. Er drohte gleichzeitig seinen Rückzug an – in „mein Laboratorium“ nach Traunstein. Im nächsten Satz forderte er jedoch schon wieder, offiziell

⁹⁹ Zit. nach Hammerstein, *Deutsche Forschungsgemeinschaft*, S. 164.

¹⁰⁰ Dabei griff er teilweise auf die Denkschrift Schmidt-Otts zu „Notgemeinschaft und Forschungsrat“ zurück, die dieser bereits am 14. Juni 1934 Rust übersandt hatte. Vgl. Zierold, *Forschungsförderung*, S. 154.

¹⁰¹ Zit. nach Hammerstein, *Deutsche Forschungsgemeinschaft*, S. 164f.

¹⁰² Die Einordnung der Aerodynamischen Versuchsanstalt in Göttingen in den Geschäftsbereich des Reichsluftfahrtministeriums wurde verworfen, weil „eine offizielle und äußerlich sichtbare Loslösung des Instituts aus dem Verbands der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft aus taktischen Gründen nicht erwünscht sei. Man wolle jedoch die Etatisierung voll übernehmen.“ Das Gesetz über die Unterstellung der hochschulfreien Forschungsinstitute unter die zuständigen Minister war damit ausgehebelt. Vgl. R. Mentzel, Vermerk über eine Beratung mit Vertretern des Reichsluftfahrtministeriums am 21. Dezember 1935, BA/B, R 21, 10998, Bl. 2.

¹⁰³ Vgl. Zierold, *Forschungsförderung*, S. 198.

als Präsident der Forschungsgemeinschaft um ein Gutachten zum Rustschen Vorhaben ersucht zu werden.¹⁰⁴ Zusätzlich aktivierte er seinen Freund Philipp Lenard, wie er Nobelpreisträger und überzeugter Nationalsozialist. Der damals 72jährige Lenard telegraphierte am 23. Februar an Hitler: „Der alte Getreue warnt Sie vor Rusts Forschungsakademie und bittet dringend um Vertagung der Entscheidung. Brief folgt.“¹⁰⁵ Hitler hatte allerdings schon am 22. Februar entschieden, daß der Gesetzentwurf von der Tagesordnung der Kabinettsitzung abgesetzt wird. Das ließ er am 25. Februar Rust mitteilen, mit der Begründung, „weil der Führer erst einem Bericht von Prof. Stark entgegensteht“. Gleichzeitig wurde Stark um Berichterstattung ersucht.¹⁰⁶ Am 25. Februar forderte auch der Stellvertreter des Führers Rudolf Heß von seinem Parteigenossen Rust, auf die Behandlung des Gesetzentwurfs zur nächsten Kabinettsitzung zu verzichten. Er sei zwar grundsätzlich für die Reichsakademie, fühle sich aber „bei der weittragenden Bedeutung des Gesetzes“ nicht ausreichend informiert. Das REM solle die Akademie beaufsichtigen, aber der Reichsminister nicht selbst präsidieren. Alle weiteren Schritte dürften nur „im Einvernehmen“ mit ihm erfolgen.¹⁰⁷

Im REM war man wohl schon früher über den Fehlschlag informiert. Am Sonnabend, den 23. Februar, um 16 Uhr 20 bat Rudolf Mentzel seine Getreuen zu einer Krisensitzung ins REM, Sonntag 10 Uhr.¹⁰⁸ Es wurde das Für und Wider einer kleineren Lösung erörtert. Die Frage, „ob es möglich und zweckmäßig erscheint, anstelle der Errichtung einer Reichsakademie der Forschung auf gesetzlicher Grundlage“ eine „behelfsmäßige Reichsakademie“ als „Beratungsorgan“ des Ministers zu schaffen, schließlich verneint.¹⁰⁹

Starks Gutachten über Rusts Reichsakademie erhielt die Reichskanzlei am 12. März 1935. Es fiel erwartungsgemäß vernichtend aus.¹¹⁰ Starks Freund Lenard hatte dem Gutachten zugestimmt und erklärt: „Der Aufbau der geplanten Akademie [...] verrät intensiven Judengeist, der bei der Forschung immer plump unfruchtbar war. Es ist erstaunlich, daß im 3. Reich so viel Judengeist an maßgebender Stelle sich finden kann.“¹¹¹ Entschieden wurde in dieser Situation nichts. Die Reichsakademie der Forschung war erst einmal auf Eis gelegt.

¹⁰⁴ Vgl. J. Stark an Staatssekretär Lammers (Chef der Reichskanzlei), 21. Februar 1935, BA/B, Bestand Reichskanzlei, R 43 II, 1227a, Bl. 167f. Der Brief ist abgedruckt in: Zierold, *Forschungsförderung*, S. 198.

¹⁰⁵ BA/B, Bestand Reichskanzlei, R 43 II, 1227a, Bl. 165.

¹⁰⁶ *Hitlers Entscheidungen sind von Lammers auf Starks Brief vom 21. mit dem Datum 22. März 1935 vermerkt. Die Briefe an Stark und Rust wurden am 25. überbracht. BA/B, Bestand Reichskanzlei, R 43 II, 1227a, Bl. 167–170.*

¹⁰⁷ Vgl. Brief von Rudolf Heß an den Reichs- und Preussischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 25. Februar 1935 einschließlich Stellungnahme zum Entwurf, BA/B, Bestand Reichskanzlei, R 43 II, 1227a, Bl. 205–211.

¹⁰⁸ BA/B, R 21, 10998, Bl. 8.

¹⁰⁹ Die Stellungnahme trägt die Unterschrift von R. Mentzel, E. Schumann und zwei weiteren Personen (unleserlich) und als Datum 26. II., BA/B, R 21, 10998, Bl. 9.

¹¹⁰ BA/B, Bestand Reichskanzlei, R 43 II, 1227a, Bl. 177–185.

¹¹¹ P. Lenard stimmte u. a. mit dieser Bemerkung Starks Gutachten zu. Brief vom 5. März 1935. BA/B, Bestand Reichskanzlei, R 43 II, 1227a, Bl. 195.

Die Übernahme der DFG durch das REM

Die nächste Gelegenheit für das REM, die Idee wieder aufzugreifen, ergab sich ein Jahr später. Johannes Stark bot sich als Nachfolger von Max Planck für die Präsidentschaft der KWG an.¹¹² Offensichtlich hatte nun aber auch die NS-Führung begriffen, das man mit Männern wie Stark oder Lenard nicht die Welt erobern könne. Hitler unterstützte Stark nicht und ließ Rust bei der Nachfolgefrage freie Hand.¹¹³ Dies bot zugleich die Möglichkeit, „die Frage der Neuorganisation der gesamten Forschung und Forschungsinstitute“ generell wieder aufzugreifen. Rust beauftragte seinen Amtschef Wissenschaft Theodor Vahlen „hierüber Vorschläge zu machen“.¹¹⁴ Am 28. Juli 1936 herrschte im REM Einigkeit, „dass die bestehenden Schwierigkeiten wohl am ehesten [...] durch Wiederaufnahme des Planes der Reichsakademie der Forschung überwunden werden können“.¹¹⁵ Die Neubesetzung des Präsidentenamtes bei der KWG wurde nun hinausgezögert. Zuerst mußte die Führung der DFG „abgeschossen“ werden. Das dauerte bis zum Herbst 1936. Die Fäden im REM zog Rudolf Mentzel. Zuerst wurde in einer öffentlichen Kampagne Starks Mann für die Geisteswissenschaften in der DFG, Eduard Wildhagen, so angegriffen, daß Stark ihn am 1. August 1936 fristlos entlassen mußte. Dann konzentrierte sich das REM auf Mängel in Starks Amtsführung. Am 14. November war der Machtkampf zwischen Mentzel und Stark entschieden: Rust konnte Stark „auf seinen Antrag“ aus dem Amt entlassen und den damals 36jährigen Mentzel als Nachfolger ernennen. Er behielt diesen Posten bis 1945. Die „Gleichschaltung“ der DFG wurde ein Jahr später durch eine Satzungsänderung noch ‚legalisiert‘. Rust bestätigte am 30. Oktober 1937 die von Mentzel vorgelegte Satzung, die nach dem „Führerprinzip“ alle Macht beim Präsidenten konzentrierte.¹¹⁶

¹¹² Max Plancks Amtszeit als Präsident endete 1. April 1936. Anlässlich der 25-Jahrfeier der KWG am 11. Januar 1936, hatte der damals fast 78jährige bereits erklärt, daß er nicht mehr neuerlich als Präsident zur Verfügung stehe.

¹¹³ Am 3. Februar 1936 schrieb Rust an Hitler mit der Bitte um Entscheidung: „Es hat sich nun bereits Herr Professor Stark, der als Präsident der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt und der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft überlastet ist, auch für dieses Amt angeboten. Ich muß jedoch darauf hinweisen, daß Herr Professor Stark zu meinem großen Bedauern von so vielen namhaften führenden Männern und höchsten Staatsstellen abgelehnt wird, daß die Zusammenarbeit auf große Schwierigkeiten stoßen müßte.“ Hitler ließ Rust am 8. Februar durch seinen Staatssekretär wissen, daß er ihm die Entscheidung überlasse. Zitat und Hitlers Entscheidung in: Zierold, *Forschungsförderung*, S. 208.

¹¹⁴ So die Darstellung von Rusts Staatssekretär Werner Zschintzsch vom 28. Juli 1935. BA/B, R 21, 10998, Bl. 79.

¹¹⁵ Zu diesem Schluß kam man 28. Juli 1936 auf einer Besprechung beim Staatssekretär Werner Zschintzsch über die „Frage der Präsidentschaft der K.W.G. und über die Notgemeinschaft“. Weitere Teilnehmer: Amtschef W[issenschaft] Theodor Vahlen, Abteilungsleiter W I und W II. Minister Rust wurde umgehend informiert. Zschintzsch und Vahlen ersuchten um mündlichen Vortrag unter Teilnahme der Professoren Bachér und Mentzel. Ebd.

¹¹⁶ Die Vorgänge sind ausführlich beschrieben bei Zierold, *Forschungsförderung*, S. 209–212 und durch neue Quellen wesentlich ergänzt bei Hammerstein, *Deutsche Forschungsgemeinschaft*, S. 172–202. Zit. nach Hammerstein, *Deutsche Forschungsgemeinschaft*, S. 194. Johannes Stark blieb noch bis 1939 Präsident der PTR, ging danach in sein Privatlabor nach Traunstein. Dort starb er 1957.

Der Reichsforschungsrat des REM

Der Sieg des REM muß vor dem allgemeinen politischen Hintergrund gesehen werden. Für die Realisierung der von Hitler auf dem Nürnberger Parteitag im September 1936 proklamierten Anforderungen des Vierjahresplanes konnten die jungen Männer um Mentzel im REM ein erfolversprechendes Konzept anbieten. Die DFG war ein unverzichtbarer Grundstock zur Koordinierung der Prozesse. Wollte man zumindest Teile der Forschung im wirtschaftlichen und im militärischen Bereich integrieren, brauchte man eine neue, umfassendere Organisationsform. Mentzel und seine Kollegen Schumann und Thiessen leisteten – unter Rückgriff auf die vorherigen Reformvorschläge – die konzeptionellen Vorarbeiten dafür, daß ihr Chef Rust am 16. März 1937 per Erlaß verkünden konnte: „Die großen Aufgaben, die der Vierjahresplan an die deutsche Wissenschaft stellt, machen es notwendig, daß alle Kräfte auf dem Gebiet der Forschung, die der Erfüllung dieser Aufgaben dienen, einheitlich zusammengefaßt und planmäßig eingesetzt werden. [...] Um eine möglichst rasche planmäßige und konsequente Durchführung der erforderlichen Maßnahmen sicherzustellen, bilde ich hiermit für den Bereich der mir unterstehenden, sich mit der Forschung befassenden Stellen einen Forschungsrat.“¹¹⁷

Die feierliche Eröffnung des Reichsforschungsrates – eine „über die vernünftigen Maße hinaus aufgezugene Veranstaltung“¹¹⁸ – fand am 25. Mai 1937 im Festsaal des REM Unter den Linden im Beisein von Hitler, Göring und Goebbels statt.

Zum Vorsitzenden des Rates berief Rust General Karl Becker (OM 1935).¹¹⁹ Beckers Stellvertreter wurde der Chef des Amtes Wissenschaft im REM. Von den dreizehn Fachrichtungsleitern – den begutachtenden und entscheidenden Sachverständigen des Rates – gehörten vier der Akademie an oder wurden später hinzugewählt: Ferdinand Sauerbruch (OM 1937) Fachrichtung Medizin, Konrad Meyer (OM 1939) Fachrichtung Landbauwissenschaft und allgemeine Biologie, Peter Adolf Thiessen (OM 1939) Fachrichtung Chemie und Organische Werkstoffe und Abraham Esau (OM 1942) Fachrichtung Physik und Maschinenbau. Da Rusts Erlaß festlegte, die „verwaltungsmäßigen Geschäfte, die Rechnungs- und Kassenführung werden durch die Einrichtungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft durchgeführt“,¹²⁰ beherrschte Mentzel nicht nur die DFG, sondern auch den Reichsforschungsrat völlig. Becker kümmerte sich um ihn nur, wenn spezielle Wünsche der Wehrmacht vorlagen.¹²¹ Ein von Thiessen überliefertes geflügeltes Wort bringt es auf den

¹¹⁷ Amtsblatt des REM vom 16. März 1937. Der Erlass ist abgedruckt bei Zierold, *Forschungsförderung*, S. 215f.

¹¹⁸ Peter Adolf Thiessen, autobiographische Aufzeichnungen, zit. nach Eibl, *Peter Adolf Thiessen*, S. 134.

¹¹⁹ Vgl. dazu den Beitrag von Burghard Ciesla in diesem Band.

¹²⁰ Erlass vom 16. März 1937. Die Reichsforschungsrat war damit keine eigene juristische Person. Die Rechtspersönlichkeit lag bei der Forschungsgemeinschaft, die auch Räume etc. zur Verfügung stellte.

¹²¹ So die Einschätzung von Zierold, *Forschungsförderung*, S. 217.

Punkt: „Wo die Deutsche Forschungsgemeinschaft auf dem Gebiet der Naturwissenschaften forscht, heißt sie Reichsforschungsrat“.¹²²

Die „Gleichschaltung“ der KWG durch das REM

Als das Projekt Reichsforschungsrat in die Umsetzungsphase trat, wandte sich das REM auch wieder der Frage zu, wer anstelle von Max Planck als Präsident an die Spitze der KWG treten sollte. Gegen den Kandidaten der KWG, den Chemiker und Industriellen Carl Bosch (EM 1936), hatte das REM zunächst eigene Vorschläge in die Diskussion gebracht. Neben Philipp Lenard stand auch Theodor Vahlen, der zum Jahresbeginn 1936 die Führung des Amtes Wissenschaft den jüngeren und noch radikaleren Nationalsozialisten Otto Wacker hatte überlassen müssen,¹²³ auf der Kandidatenliste.¹²⁴ Im Frühjahr 1937 stimmte Rust der Wahl Boschs dann doch unter zwei Bedingungen zu: Erstens mußte das „Führerprinzip“ in der Satzung verankert werden. Zweitens war der bisherige Generaldirektor durch einen Mann zu ersetzen, „der das Vertrauen der Partei habe“. Die letzte Amtshandlung Plancks war es, diesen Handel auf der Sitzung des Senats der KWG am 29. Mai 1937 zur Abstimmung zu stellen. Einstimmig entschied sich der Senat, wie am 22. Juni auch die Hauptversammlung, für die Satzungsänderung und für Carl Bosch. Paragraph 1 der neuen Satzung unterstellte die KWG der Aufsicht des REM. Den Posten des ersten Vizepräsidenten übernahm der Amtschef Wissenschaft des REM. Neuer geschäftsführender Vorstand in der Generalverwaltung wurde Ernst Telschow, gleichzeitig auch Referent in Görings im Rahmen des Vierjahresplanes geschaffenen Rohstoff- und Devisenstabes.¹²⁵ „Das Konzept der ‚Selbstgleichschaltung‘ unter Beibehaltung größtmöglicher Freiräume für eigene Entscheidungen mündete 1937 in eine ‚Gleichschaltung‘ nach vorgegebenen NS-Muster und öffnete damit die Gesellschaft endgültig dem Einfluß der Staatsmacht.“¹²⁶

Die „Gleichschaltung“ der Akademie

Im vierten Jahr nach der Machtübernahme war es dem REM damit gelungen, in den beiden bedeutendsten zentralen Institutionen der Forschungsförderung wichtige Positionen zu besetzen und damit Einfluß zu gewinnen. Über den Reichsforschungsrat schien zudem der Zugriff auf bedeutend größere finanzielle Mittel gesichert und der Einfluß auf Forschungs-

¹²² Peter Adolf Thiessen, autobiographische Aufzeichnungen, zit. nach Eibl, *Peter Adolf Thiessen*, S. 134.

¹²³ Im Januar 1937 wurde der Leiter des Amtes Wissenschaft Theodor Vahlen beurlaubt; im März schied er endgültig aus dem REM aus. Mit dem damals fast 68jährigen wurde ein Mann der Vätergeneration verdrängt, der zudem als Freund Starks galt. Vgl. zur Ablösung und zu Dr. Otto Wacker, Germanist, seit 1923 NSDAP aktives SS-Mitglied, vorher Badischer Kultusminister: Hammerstein, *Deutsche Forschungsgemeinschaft*, S. 209, 212f.

¹²⁴ Albrecht/Hermann, „KWG im Dritten Reich“, S. 383f.

¹²⁵ Ebd., S. 378.

¹²⁶ So das Fazit von Helmuth Albrecht und Archim Hermann, ebd., S. 386.

potentiale anderer Ministerien möglich. Dies hatte ganz wesentlich eine Gruppe machthungriger, knapp 40jähriger junger Männer mit Rudolf Mentzel an der Spitze bewerkstelligt. Nachdem der forschungspolitische Machtkampf entschieden und das REM sich die Herrschaft erobert hatte, konnte nun auch die Akademie ins Visier genommen werden.

Höhepunkt der direkten Einflußnahme des REM war zweifellos das Oktroyieren der neuen Akademieleitung Ende 1938. Hatte das Ministerium bei der vorher verlangten Satzungsänderung „entsprechend den Grundanschauungen, auf denen das staatliche und geistige Leben der deutschen Gegenwart beruht“ und der damit verbundenen Ausschaltung der „Nichtarier“ zumindest noch formell der Akademie ein Mitspracherecht zugebilligt,¹²⁷ wurde dessen Wert bei der Einsetzung der neuen Leitung schlagartig deutlich. Rust scherte sich in keiner Weise um das Vorschlagsrecht der Mitglieder und setzte die Akademieleitung einfach ein. Mit der zunächst kommissarischen Leitung unter dem Präsidenten Theodor Vahlen, dem Vizepräsidenten Ernst Heymann, dem zum Direktor bei der Akademie bestellten Helmuth Scheel und den wenig später bestätigten Sekretaren Ludwig Bieberbach und Hermann Grapow hatte das REM faktisch im Handstreich eine fast gänzlich aus NS-Aktivisten bestehende Akademieführung installiert.¹²⁸ Jene Mitglieder, die geglaubt hatten, daß es kein großer Unterschied sei, wenn das bisherige staatliche Bestätigungsrecht durch ein Ernennungsrecht ersetzt würde, wenn nur die Akademie das Vorschlagsrecht nach der bisher üblichen Wahlabstimmung behielte, mußten nun schockiert sein. Dies um so mehr, als Rust sich auch beim Versuch einer Legitimierung der Leitung durch Wahlen in der Gesamtsitzung am 15. Juni 1939 über die Entscheidung der Mitglieder hinwegsetzte. Zwar erhielten dort vier Leitungsmitglieder die erforderlichen Mehrheiten, aber eben nicht der Kandidat für das Präsidentenamt Theodor Vahlen.

Schon in Vorfeld dieser Wahl hatten die drei ehemaligen Sekretare Max Planck, Heinrich Lüders und Hans Stille nach dem Rustschen Überraschungsmanöver vom Dezember heftig um den Erhalt des Vorschlagsrechts der Mitglieder gerungen.¹²⁹ Es blieb schließlich auch in der vom REM am 8. Juni 1939 bestätigten neuen Satzung erhalten und Planck nutzte dies, indem er Hans Stille als Gegenkandidaten zu Vahlen für das Präsidentenamt

¹²⁷ Rust forderte am 8. Oktober 1938 die Akademie auf, ihre Satzung entsprechend seinen Vorgaben zu ändern. In einem Sofort-Erlaß vom 22. November 1938 verschärfte er nochmals seine Forderungen. Die Akademie diskutierte den neuen Satzungsentwurf auf der Gesamtsitzung am 15. Dezember 1938. Am 22. Dezember wurde er dem REM übergeben und Ernst Heymann löste mit seinem Rücktritt als Sekretar auch den Rücktritt der anderen drei Sekretare aus.

¹²⁸ Rust ernannte Vahlen und Heymann am 23. Dezember 1938, Scheel wurde am 24. Dezember zum Direktor bei der Akademie und zum Professor bestellt, Bieberbach für die Physikalisch-mathematische Klasse und Grapow für die Philosophisch-historische Klasse am 10. Januar 1939 als Sekretare bestätigt. Lediglich Heymann war nicht Mitglied der NSDAP.

¹²⁹ Die drei ehemaligen Sekretare forderten am 14. März 1938 von Vahlen eine Erklärung über eine beabsichtigte Streichung des Vorschlagsrechts. Der Brief wurde abschriftlich allen Mitgliedern übergeben. Auf einer außerordentlichen Gesamtsitzung am 22. März erklärte Vahlen, daß das ihm entgegengebrachte Mißtrauen unberechtigt sei. Planck erwiderte: Der Brief ist nicht Ausdruck des Mißtrauens, sondern der Besorgnis um die Zukunft der Akademie. Vgl. Grau/Schlicker/Zeil, *Akademie im Imperialismus III*, S. 70f.

vorschlug. Vahlen und Stille erhielten die gleiche Anzahl von Stimmen. Damit war keiner von beiden gewählt, was allerdings Rust nicht hinderte, Vahlen zu ernennen. Die Vorgänge verdeutlichen die Machtverhältnisse zwischen REM und Akademie und zugleich innerhalb der Akademie: 33 Prozent hatten für Vahlen gestimmt, 33 Prozent gegen ihn und weitere 34 Prozent sich durch Abwesenheit nicht positionieren wollen.¹³⁰

Die Reichsakademie der Wissenschaften des REM

Daß es auch Bereiche gab, wo eine wesentlich größere Übereinstimmung der Interessen zwischen dem REM und den Akademiemitgliedern vorhanden war, verdeutlichen die Bemühungen zur Gründung einer „Reichsakademie der Wissenschaften“ unter Berliner Führung.¹³¹ Bereits im Zusammenhang mit der Änderung der Satzung hatten die Mitglieder Rust wissen lassen, daß sie die vom REM vorgeschlagene Umbenennung in „Akademie der Wissenschaften in Berlin“¹³² für nicht sinnvoll hielten und „die Bezeichnung ‚Reichsakademie‘ die am meisten erwünschte Lösung“¹³³ sei. Ein erster Schritt in diese Richtung war ein Erlaß des REM vom 12. Mai 1939, der die Preußische Akademie „zum ständigen Vorort und Verwaltungssitz des Verbandes der deutschen Akademien“ bestimmte. Rusts und Vahlens Vorstellungen von einer „Verreichlichung“ der Wissenschaftsakademien deckten sich hier partiell mit alten Vorstellungen der Berliner Akademie, daß die Akademien nur dann wieder zum „Mittelpunkt aller Forschung“ – zumindest aber der geisteswissenschaftlichen – werde könnten, wenn sie mit einer Stimme, natürlich der Berliner, ihre Interessen vertreten würden. Daß dies ins Konzept des seit dem 1. Mai 1939 nun auch als Chef des Amtes Wissenschaft fungierenden – und damit endgültig zum wohl einflußreichsten Mann in der NS-Wissenschaftspolitik aufgestiegenen – Rudolf Mentzel paßte, kann ebenso wenig überraschen wie der Widerstand der anderen Wissenschaftsakademien gegen die Berliner Vormachtstellung.¹³⁴

Zunächst wurden aber die Akademien wieder sehr schnell zum Nebenschauplatz der Wissenschaftspolitik des REM. Der Kriegsbeginn am 1. September 1939 erzwang Veränderungen im Hochschulwesen. Zudem wurde insbesondere bei den Naturwissenschaften ein zunehmender Qualitätsverfall der Ausbildung immer offener angeprangert.¹³⁵ Aber

¹³⁰ Vgl. dazu den Beitrag von Peter Th. Walther in diesem Band.

¹³¹ Vgl. dazu den Beitrag von Peter Nörzoldt in diesem Band.

¹³² Vgl. „Sofort Erlaß“ des Ministers vom 22. November 1938.

¹³³ Vgl. AAW Berlin, II: Ia, Bd. 14, Bl. 50f.

¹³⁴ Prof. Rudolf Mentzel, laut Zierold, *Forschungsförderung*, S. 191, ein „Draufgänger ohne Tiefgang und ohne Differenzierungsfähigkeit, mehr Landsknecht als Wissenschaftler“, hatte es allerdings weit gebracht: Er war nun Chef des Amtes Wissenschaft und Präsident der DFG. Von Wacker erbte er die Vizepräsidentenposten im Reichsforschungsrat und in der KWG. Als SS-Brigadeführer pflegte er enge Beziehungen zu Himmler und dessen „Ahnenerbe“. Biographische Angaben bei Zierold, *Forschungsförderung*, S. 190f. Hammerstein, *Deutsche Forschungsgemeinschaft*, S. 130ff.; auch M. Rasch, in: NDB.

¹³⁵ Die Universitäten wurden zunächst geschlossen, dann aber der Betrieb unter veränderten Bedingungen wieder aufgenommen. Wegen des Qualitätsverfalls appellierte der Alt-Nazi William Guertler von der

auch andere Bereiche beanspruchten zunehmend stärker (oder wieder) das REM. Am 8. April 1940 beging der Präsident des Reichsforschungsrates Karl Becker Selbstmord, und Rust übernahm nun selbst dieses Amt. Nur wenige Tage später, am 26. April, starb Carl Bosch, und die KWG brauchte einen neuen Präsidenten. Auch hier schien zunächst eine weitere Stärkung des Einflusses des REM leicht möglich, was sich jedoch als Trugschluß erwies.¹³⁶

Im REM hatte man jedenfalls erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1940 wieder Zeit für die Akademien. Rust und Mentzel kreierten gemeinsam mit Vahlen und Heymann das Projekt einer „Reichsakademie der Wissenschaft“. Im Gegensatz zur „Reichsakademie der Forschung“, aus der die Akademien ausdrücklich ausgeschlossen waren, sollten hier die alten Wissenschaftsakademien den Grundstock bilden. Durch mögliche Neugründungen von wissenschaftlichen Gesellschaften an jedem Hochschulort des Reiches und deren Aufnahme in die Reichsakademie – beides in alleiniger Zuständigkeit des REM – sollte in Konkurrenz zu den Universitäten der Länder ein dichtes Netz von Institutionen zur Steuerung der Wissenschaft als neue Hausmacht des REM im ganzen Reich entstehen. Die alten Akademien benötigte man wegen ihrer Reputation, nicht zuletzt wegen der internationalen. Das REM beabsichtigte, den Zugriff auf die internationalen wissenschaftlichen Verbände – und nach Kriegsende die Zusammenarbeit mit ihnen – über eine solche Reichsakademie zu organisieren. Kopf des Unternehmens sollte die Berliner Akademie sein, zum Präsidenten der Reichsakademie berief Rust im September 1940 Theodor Vahlen. Das Projekt „Reichsakademie der Wissenschaften“ scheiterte jedoch aus verschiedenen Gründen,¹³⁷ vor allem wohl auch, weil das REM spätestens nach dem Stocken des erhofften Blitzkrieges gegen die Sowjetunion andere Prioritäten setzen mußte, um im Kampf um Machtpositionen nicht zu unterliegen.

TH Dresden z. B. Ende März 1940 an Hitler: „So kann, so darf es nicht weitergehen! Wenn Sie nicht eingreifen, geht die ganze kommende junge Techniker-Generation zum Teufel.“ Vgl. hierzu Hammerstein, *Deutsche Forschungsgemeinschaft*, S. 331ff., Zitat S. 331.

¹³⁶ Schnell herrschte Einigkeit, daß Albert Vögler, Vorstand der Vereinigten Stahlwerke AG und „Mann der Partei“, neuer Präsident werden sollte. Da dieser beabsichtigte, das Amt erst nach dem Krieg anzutreten, wäre Mentzel als 1. Vizepräsident, der dieses Amt von Wacker geerbt hatte, auch hier in die vorderste Machtposition gelangt. Da Göring dies verhindern wollte und auf seinen Favoriten Herbert Backe, Staatssekretär im Reichs Ernährungsministerium, bestand, entspann sich ein mehr als einjähriger Machtkampf. Das Ränkespiel zog sich bis Ende Juli 1941 hin. Vögler übernahm das Amt dann doch nach seiner Wahl auf der Senatssitzung der KWG am 31. Juli 1941 und der anschließenden Ernennung durch Rust. 1. Vizepräsident wurde Backe, 2. Vizepräsident Mentzel für den am 9. Juli 1941 verstorbenen Carl-Friedrich von Siemens. Vgl. Albrecht/Hermann, „KWG im Dritten Reich“, S. 392f.

¹³⁷ Vgl. dazu den Beitrag von Peter Nötzoldt in diesem Band.

Der Reichsforschungsrat Görings

Angesichts der von der Industrie geforderten Anstrengungen für eine effiziente Kriegsproduktion forderten nun deren Vertreter eine Reform der deutschen Forschungspolitik. Eine besonders große Angriffsfläche bot der von Rust geleitete und insgesamt wenig erfolgreiche Reichsforschungsrat. Der Generaldirektor der I.G. Farben, Carl Krauch, schlug Göring vor, die Sache selbst in die Hand zu nehmen und „als Beauftragter für den Jahresplan eine oberste Forschungsleitung“ zu berufen, „bestehend aus dem Herrn Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung und dem Herrn Reichsminister für Bewaffnung und Munition“. Genutzt werden sollte der schon bestehende Reichsforschungsrat. „Er hat im Bereich der Hochschulen wertvollste Vorarbeit geleistet, braucht aber zu seiner Ergänzung noch den Zugang zur Industrieforschung [...]“.¹³⁸ Am 9. Juni 1942 beauftragte Hitler schließlich Göring, einen neuen „Reichsforschungsrat mit selbständiger Rechtspersönlichkeit zu bilden“ und dessen Vorsitz zu übernehmen.¹³⁹

Rust konnte nur noch auf den abfahrenden Zug aufspringen. Sein Ansehen bei den NS-Größen war ohnehin auf einen Tiefpunkt gesunken.¹⁴⁰ Es galt nun, unter den neuen Bedingungen, die eigenen Interessen möglichst nachdrücklich zu verteidigen, was auch mit einigem Erfolg gelang. Für den neuen „deutschen wissenschaftlichen Generalstab“ legte Rust zugleich eine Geschäftsordnung vor. Diese sah neben dem Präsidenten Göring zwei gleichberechtigte Vizepräsidenten mit klar getrennten Zuständigkeitsbereichen vor. Diese Posten sollten den Reichsministern für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung bzw. Munition und Bewaffnung, also Rust und Speer, zustehen. Weiterhin war ein Präsidialrat und ein Senat vorgeschlagen. Die gesamten Verwaltungsgeschäfte sollten dem bisherigen Präsidenten der DFG übertragen werden. Im großen und ganzen wurde auch so verfahren. Göring lud zur offiziellen Gründung am 6. Juli 1942 in den großen Sitzungssaal des Reichsluftfahrtministeriums ein und hielt eine Rede. Neben Gewohntem gab es auch für

¹³⁸ Das Memorandum Carl Krauch „Die Bemühungen des Reichsamtes für Wirtschaftsaufbau und die Förderung der naturwissenschaftlichen Forschung“ vom 29. Oktober 1941 ist ausführlich behandelt in: Hammerstein, *Deutsche Forschungsgemeinschaft*, S. 366ff.

¹³⁹ Erlaß des Führers über den Reichsforschungsrat vom 9. Juni 1942, Reichsgesetzblatt Teil I, 1942, S. 389; auch abgedruckt bei Zierold, *Forschungsförderung*, S. 237. Im Erlaß hieß es: „Die Notwendigkeit, alle vorhandenen Kräfte im Staatsinteresse zu höchster Leistung zu entfalten, erfordert nicht nur im Frieden, sondern vor allem auch im Kriege den zusammengefaßten Einsatz der wissenschaftlichen Forschung und ihre Ausrichtung auf die zu erstrebenden Ziele.“ Die führenden Männer der Wissenschaft wurden aufgerufen „in Gemeinschaftsarbeit in erster Reihe die Forschung für die Kriegsführung fruchtbar [zu] gestalten“. Der bisher Rust unterstehende Reichsforschungsrat „geht in der neuen Einrichtung auf“.

¹⁴⁰ In Goebbels Tagebuch vom Mai 1942 findet sich der Eintrag, Rust habe „in der Heranführung der Wissenschaft an den neuen Staat sehr viel versäumt. [...] Daß Männer wie Planck uns wenigstens reserviert gegenüberstehen, ist ein Verschulden von Rust, das gar nicht wieder gutgemacht werden kann.“ Hammerstein, *Deutsche Forschungsgemeinschaft*, S. 376. Auch hatte die Reichskanzlei zwar Rust den Erlaß für den neuen Reichsforschungsrat vorab zur Stellungnahme übersandt, Hitler aber bereits unterschrieben noch bevor die Antwort seines Ministers einging. Vgl. Zierold, *Forschungsförderung*, S. 240.

die damalige Zeit ungewöhnliche Bemerkungen, die verdeutlichten, für wie dringend der totale Einsatz der Forschung nun gehalten wurde. Auch „Nichtarier“ mußten wieder für die Forschung eingespannt werden und dies werde bereits praktiziert. Man könne nicht auf wertvolle Ergebnisse verzichten, „weil zufällig der Mann mit einer Jüdin verheiratet ist oder weil er Halbjude ist“.¹⁴¹

Den Präsidialrat des neuen Reichsforschungsrates – sein „repräsentatives Organ“ – berief Göring noch im Juli 1942. Er tagte zwar nie, die Mitgliederliste verdeutlicht aber, daß sich nun zumindest kurzfristig die gesamte NS-Prominenz für die Forschung zuständig fühlte. Die Wissenschaftsakademien waren nicht vertreten. Das wichtigste Gremium des Rates blieb die Gruppe der Fachspartenleiter. Die wurden zwar im Februar neu berufen, aber es gab keine großen personellen Veränderungen. Mit vier OM und einem KM unter den elf Fachspartenleitern besetzte die Akademie nahezu alle Fachgebiete des Rates, für die eine Akademie überhaupt Vertreter in ihren Reihen besaß.¹⁴²

Die Selbstbehauptung der Akademie gegenüber dem geschwächten REM

Anfang 1943 gab das REM seine Pläne zur Neugestaltung der Akademienlandschaft auch offiziell auf. Theodor Vahlen teilte den Klassensekretären schriftlich mit, Rust habe ihm alle inneren Angelegenheiten der Akademie überlassen.¹⁴³ Einerseits war das REM in der sich bedrohlich zuspitzenden politischen und wirtschaftlichen Situation immer mehr mit dem Forschungsrat beschäftigt. Weil der erhoffte Erfolg ausblieb, sank auch Rusts Ansehen un-aufhaltsam. Für den Minister, dessen Ansehen „in kaum noch überbietbarer Weise gesunken“ sei, wurden bereits Nachfolgekandidaten gehandelt.¹⁴⁴ Im REM hatte man nun ganz andere Sorgen, als sich um die Akademie zu kümmern. Andererseits erwiesen sich auch die Gewährsmänner des REM an der Akademie nicht als ausreichend fähig und willig. Ernst Heymann hatte mehrfach gegen Vorstellungen des Ministeriums opponiert.¹⁴⁵ Angesichts

¹⁴¹ Rusts Schreiben an Lammers und seine Vorschläge für den Reichsforschungsrat behandeln sowohl Hammerstein, *Deutsche Forschungsgemeinschaft*, S. 381–384, als auch Zierold, *Forschungsförderung*, S. 240f., allerdings mit deutlich unterschiedlicher Gewichtung der Stellung des REM und seines Ministers. Görings Eröffnungsrede in Ausschnitten bei Hammerstein, ebd., S. 384, Zitat S. 382f., 385.

¹⁴² Abraham Esau, Richard Kuhn, Konrad Meyer, Peter Adolf Thiessen, Ferdinand Sauerbruch. Die Liste der Mitglieder des Präsidialrates und der Fachspartenleiter ist abgedruckt bei Zierold, *Forschungsförderung*, S. 242–245.

¹⁴³ Mitteilung von Hermann Grapow auf der Sitzung der Philosophisch-historischen Klasse am 4. Februar 1943. AAW Berlin, II-Vf, Bd. 29, S. 393.

¹⁴⁴ Vgl. zu Rusts Einführungsrede auf der Salzburger Rektoren-Konferenz den Bericht des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD Ernst Kaltenbrunner an Reichsleiter Martin Bormann über Rusts „peinlichen Auftritt“ beim abschließenden „Kameradschaftsabend“ am 28. August 1943; zu Bormanns Anstrengungen zur Ablösung von Rust die Darstellung von Hammerstein, *Deutsche Forschungsgemeinschaft*, S. 457f.

¹⁴⁵ Gegen das Projekt Reichsakademie der Wissenschaften, als er die Vormachtstellung der alten Wissenschaftsakademien nicht mehr gesichert sah; vgl. dazu den Beitrag von Peter Nötzoldt in diesem Band; ebenso gegen die Nutzung des Stiftungskapitals der Akademie bei gleichzeitig Kürzung der staatlichen Mittel; vgl. den Abschnitt zu Finanzen in diesem Beitrag.

der bevorstehenden Verlagerung seines KWI aus Berlin nach Tübingen reichte der damals 72jährige Vizepräsident Ende 1942 sein Rücktrittsgesuch ein.¹⁴⁶ Theodor Vahlen war bei den großen Plänen zur Reorganisation der Akademien letztendlich gescheitert. Er war „auf allen Gebieten ein Versager, [...] konnte mit Niemanden Frieden halten und war infolgedessen [...] mit den Beamten der Akademie verkracht“, so das vernichtende Urteil Max von Laues.¹⁴⁷ Als Rust ihm Anfang 1943 die alleinige Verantwortung für die inneren Angelegenheiten der Akademie überließ, er sich also nicht mehr hinter Erlassen des REM verschanzen konnte, kam es sofort zum Eklat. Vahlen verlangte, daß noch im Februar alle über 70jährigen Leiter von Kommissionen und Ausschüssen durch jüngere Akademiemitglieder ersetzt werden müssen und ließ dabei ausdrücklich nur für die Leibniz-Kommission eine Ausnahme zu, der er als 74jähriger selbst vorstand. Bezüglich der Nachfolge von Heymann erweckte er zudem den Eindruck, wieder durch Ernennung das satzungsgemäße Vorschlagsrecht der Mitglieder, das eine Wahl voraussetzte, umgehen zu wollen. Beides stieß auf Widerstand in der Akademie.¹⁴⁸ Theodor Vahlen reichte beim REM sein Rücktrittsgesuch ein, dem Rust am 20. März 1943 mit Wirkung ab 1. April stattgab.¹⁴⁹

Rust ließ der Akademie durch Ludwig Bieberbach auf der Gesamtsitzung am 25. März 1943 mitteilen, daß er die Präsidentenstelle bis zum 1. Juli neu besetzen wolle und bis dahin in Ermangelung eines Vizepräsidenten ein stellvertretender Präsident die Geschäfte führen solle. Nach einer kurzen Debatte wurde Bieberbachs Vorschlag zugestimmt, dem REM Hermann Grapow zur Ernennung vorzuschlagen. Als Bieberbach in dieser Debatte aber auch erwähnte, daß für die endgültige Neubesetzung vor allem Konrad Meyer und Peter Adolf Thiessen in Betracht kämen und gleichzeitig die bereits anberaumten turnusmäßigen Klassensitzungen ausfallen sollten, läuteten bei einigen Mitgliedern die Alarmglocken. Sollte, wie bereits Ende 1938, erneut das verbrieft Vorschlagsrecht der Mitglieder durch eine Rustsche Ernennung umgangen werden? Die Akademiemitglieder probten nun, angesichts der Schwäche des REM, den Widerstand: Auf Anregung des Biologen Fritz von Wettstein bat am Schluß der Gesamtsitzung Max von Laue, als ältestes anwesendes Mitglied der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse, die anderen Mitglieder seiner Klasse zu einer inoffiziellen Sitzung. Von zwölf anwesenden Mitgliedern nahmen elf teil; nur der Klassensekretar Bieberbach hielt sich fern.¹⁵⁰ Das Protokoll dieser Sitzung ver-

¹⁴⁶ Rust entsprach dem Rücktrittsgesuch am 19. Dezember 1942, wie Vahlen auf der Gesamtsitzung am 14. Januar 1943 mitteilte. AAW Berlin, II-Va, Bd. 105, Bl. 391.

¹⁴⁷ Vom Kampf gegen Einstein und seinem Ausscheiden aus der Preußischen Akademie 1920–1933 [handschriftlich erweitert auf 1943]. Für eine zukünftige Geschichte der Wissenschaft festgelegt (Juli und August 1948) von M. v. Laue, S. 20, AAW-Berlin, NL Max v. Laue, U II Nr. 1 und 2.

¹⁴⁸ Vgl. die Mitteilungen des Klassensekretars Hermann Grapow und die Festlegungen der Klasse auf den Sitzungen am 4. und 11. Februar 1943, AAW Berlin, II-Vf, Bd. 29, Bl. 393, 395f. Insgesamt auch Grau/Schlicker/Zeil, *Akademie im Imperialismus III*, S. 142ff.

¹⁴⁹ Vgl. Mitteilung von Ludwig Bieberbach auf der Gesamtsitzung vom 25. März 1943, AAW Berlin, II-Va, Bd. 105, Bl. 407f.

¹⁵⁰ Teilnehmer an der inoffiziellen Sitzung der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse am 25. März 1943: Adolf Butenandt (OM 1939) Biochemiker, Ludwig Diels (OM 1931) Botaniker, Wilhelm

merkt: „Die Anwesenden sind sich einig, daß sie gegen eine Wahl von Herrn Conrad [Konrad] Meyer oder Herrn Peter Thiessen zum Präsidenten der Akademie stimmen werden, weil diese Herren infolge starker andersweitiger Belastung für die Akademie-Geschäfte nicht die erforderliche Zeit aufwenden können. Sie treten vielmehr dafür ein, daß die philosophisch-historische Klasse den Präsidenten stellt, und warten deren Vorschlag ab. Sie fordern Herrn v. Laue auf, eine neue Zusammenkunft zum 10. April einzuberufen.“ Mit dem letzten Satz war Bieberbach de facto entmachtet worden.

Die nächste inoffizielle Klassensitzung fand dann bereits am 2. April statt. Max von Laue hatte nach der ersten Sitzung Heinrich Lüders informiert und dieser daraufhin eine inoffizielle Sitzung der Philosophisch-historischen Klasse einberufen. Diese fand am 2. April, 10 Uhr im Hause von Lüders statt; von Laue war anwesend. Die Anwesenden verzichteten „unter den obwaltenden Umständen auf einen Turnus zwischen den Klassen bei der Besetzung der Präsidentenstelle“, nominierten selbst Johannes Stroux für das Amt, erklärten sich aber mit dem in der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse besprochenen Vorschlag Hans Stille einverstanden. Noch am Nachmittag tagte, wie erwähnt, erneut die Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse, 15 Uhr 15 im Institut für theoretische Physik der Universität. Diesmal waren sogar 22 Mitglieder erschienen.¹⁵¹ Sie einigte sich, „daß sie entweder für Herrn Stille oder für Herrn Stroux bei der Präsidentenwahl eintreten wollen“. Außerdem baten die Anwesenden von Laue und Sauerbruch, zusammen mit Grapow bei Rust persönlich dahingehend vorstellig zu werden, „daß alle an diesen Versammlungen teilnehmenden Akademie-Mitglieder auf das satzungsmäßige Vorschlagsrecht der Akademie den größten Wert legen“.

Max von Laue, der die Ereignisse an der Akademie seit der Gesamtsitzung am 23. März seinem kranken Kollegen Hans Geiger (OM 1937) am 6. April 1943 schilderte, erwähnt in seinem Brief auch, daß der für den Folgetag geplante Besuch bei Rust ohne Grapow stattfinden werde, da „der nicht gerne mitmachen möchte“.¹⁵² Sauerbruch und von Laue sprachen also am 7. April im REM vor. „Zwar war Rust nicht zu sprechen, aber hatte wenigstens

Eitel (OM 1942) Mineraloge, Georg Hamel (OM 1938) Mathematiker, August Kopff (OM 1935) Astronom, Norbert Krebs (OM 1934) Geograph, Max von Laue (OM 1920) Physiker, Hans Nordmann (OM 1942) Techniker, Paul Ramdohr (OM 1936) Mineraloge, Hans Stille (OM 1933) Geologe, Fritz von Wettstein (OM 1935) Biologe.

¹⁵¹ An der inoffiziellen Sitzung der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse am 2. April 1943 nahmen außer Eitel alle bei der ersten Sitzung anwesenden OM teil und zusätzlich: August Bartels (OM 1939) Geophysiker, Albert Defant (OM 1935) Geophysiker, Abraham Esau (OM 1942) Physiker, Paul Guthnick (OM 1922) Astronom, Otto Hahn (OM 1924) Chemiker, Richard Hesse (OM 1926) Zoologe, Ernest Anton Kraft (OM 1937) Techniker, Adolf Ludin (OM 1939) Techniker, Friedrich Paschen (OM 1925) Physiker, Ferdinand Sauerbruch (OM 1937) Chirurg Friedrich Seewald (OM 1939) Techniker, Wilhelm Trendelenburg (OM 1931) Physiologe.

¹⁵² Vgl. zu diesen in den offiziellen Akademieunterlagen nicht erfaßten Vorgängen: Max von Laue, Brief vom 6. April 1943 an Hans Geiger, Durchschrift, AAW Berlin, NL Max v. Laue, U VI, Nr. 2; Protokolle der beiden inoffiziellen Zusammenkünfte der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse am 25. März und 2. April 1943, egh. unterzeichnet Laue, AAW Berlin, NL Max v. Laue, U VI, Nr. 3.

einen Vertreter bestellt. Wir trugen ihm den dringenden Wunsch der Akademiemitglieder vor, daß uns der Präsident nicht aufgezwungen würde, und erhielten eine entsprechende Zusage.“¹⁵³

Als am 12. April schließlich Rust mit seinen Getreuen in der Akademie, Bieberbach, Grapow und dem Akademiedirektor Helmuth Scheel, das weitere Vorgehen besprach, war wohl allen klar, daß sich die Akademie diesmal nicht so einfach wie 1939 überrumpeln lassen, sondern in zähem Ringen an ihrem Vorschlagsrecht festhalten würde. Auf der Gesamtsitzung am 6. Mai 1943 wurde Hermann Grapow mit 35 Stimmen zum neuen Vizepräsidenten gewählt, auf einen Präsidentschaftskandidaten konnte man sich nicht verständigen.¹⁵⁴ Da das REM Hans Stille nicht wollte und selbst keinen mehrheitsfähigen eigenen Kandidaten präsentieren konnte, blieb nur die Möglichkeit, die Besetzung des Präsidentsamtes zu verzögern.¹⁵⁵ So kam es dann auch. Aber zunächst gab es wichtigere Sorgen.

Der Kriegsverlauf zwang das REM, auch die Akademie am 16. August 1943 aufzufordern, nach einer Ausweichunterkunft Ausschau zu halten. Die Akademieführung entschied sich, im Notfall bei der Göttinger Akademie um Aufnahme zu bitten. In einem „geheimen“ Schreiben vom 26. August fragte Grapow „ergebenst“ deren Bereitschaft dazu an und erläuterte: „Es würde sich in der Hauptsache darum handeln, daß zunächst die Meldung der Akademieangehörigen entgegengenommen und gesammelt werden, bis der Direktor oder ein anderer Beamter eintrifft, um die notwendigsten Geschäfte der Zentralverwaltung wieder in Gang zu bringen.“¹⁵⁶ Der Göttinger Akademiepräsident signalisierte bereits eine Woche später in einem ebenso geheimen Schreiben seine Bereitschaft zur Aufnahme in seinem Privathaus unter der Voraussetzung, daß dort bereits beschlagnahmte Räume verfügbar würden. Dazu benötige er allerdings eine „verbindlich[e] Bescheinigung des Reichsministers“. Eine solche lag trotz Mahnung bis zum Oktober 1943 nicht vor.¹⁵⁷ Grapow ließ schließlich am 18. Oktober 1943 den Göttinger Präsidenten wissen, er habe „aus Zweckmässigkeitsgründen inzwischen eine andere Regelung treffen müssen“, die eine „Ausweichstelle in der näheren Umgebung der Reichshauptstadt sichert“.¹⁵⁸

¹⁵³ Vom Kampf gegen Einstein und seinem Ausscheiden aus der Preußischen Akademie 1920–1933 [handschriftlich erweitert auf 1943]. Für eine zukünftige Geschichte der Wissenschaft festgelegt (Juli und August 1948) von M. v. Laue, S. 21, AAW Berlin, NL Max v. Laue, U II Nr. 1 und 2.

¹⁵⁴ Nur Theodor Vahlen enthielt sich der Stimme. Vgl. Protokoll der Gesamtsitzung vom 6. Mai 1943, AAW Berlin, II-Va, Bd. 105, Bl. 415f.

¹⁵⁵ Bei dieser Konstellation konnte nun in der Tat nur ein Vertreter der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse für das Präsidentsamt kandidieren, denn die Klassen hatten sich zwar geeinigt, auf den Turnus bei der Präsidentswahl zu verzichten, nicht aber darauf, daß eine Klasse Präsident und Vizepräsident gleichzeitig stellt.

¹⁵⁶ Vgl. Erlaß des Reichsministers Rust vom 16. August 1943 (W A 220 g) und Schreiben des amt. Präsidenten Th. Vahlen an den Präsidenten der Akademie der Wissenschaften Göttingen vom 26. August 1943, AAW Göttingen, Scient 268.

¹⁵⁷ Schreiben des Göttinger Präsidenten Hermann Kees vom 2. September und 5. Oktober 1943 an den Präsidenten der Berliner Akademie, AAW Göttingen, Scient 268.

¹⁵⁸ Schreiben an den Göttinger Präsidenten vom 18. Oktober 1943, AAW Göttingen, Scient 268.

In der ersten Hälfte des Jahres 1944 setzte die Akademie die Präsidentenwahl abermals auf die Tagesordnung. Als sich erneut alles auf eine Stichwahl zwischen Stille und Grapow zuspitzte und dabei der Aufstieg des bisherigen Vizepräsidenten in das Präsidentenamt nicht sicher schien, forderte Rust am Wahltag, „daß die Akademie vorläufig von der Wahl eines Präsidenten Abstand nehmen sollte“. Da dies auf Widerstand stieß, ließ Rust durch Grapow eine Woche später auf einer außerordentlichen Gesamtsitzung am 13. Juli 1944 verkünden, er habe „jede Handlung, die im Zusammenhang mit der Präsidentenwahl stehen könnte, untersagt“.¹⁵⁹

Vizepräsident Grapow führte die Geschäfte des Präsidenten bis zum Ende des „Dritten Reiches“ und konnte sich dabei vor allem auf Helmuth Scheel stützen¹⁶⁰; das Amt des Präsidenten blieb vakant.¹⁶¹ Von den Akademiemitgliedern verließen bis Kriegsende etwa drei Viertel Berlin. Am 6. Juni 1945 übergab Grapow die Amtsgeschäfte an Johannes Stroux.¹⁶²

Minister Bernhard Rust und der Amtschef Wissenschaft Rudolf Mentzel flüchteten am 2. Mai 1945 aus Berlin in Richtung Schleswig-Holstein. Rust beging Selbstmord, Mentzel geriet in Gefangenschaft und blieb für drei Jahre in amerikanischer Haft.¹⁶³

¹⁵⁹ Vgl. zu diesen Vorgängen zwischen dem 13. Januar und dem 17. Juli 1944 einschließlich Zitate: Grau/Schlicker/Zeil, *Akademie im Imperialismus III*, S. 144f.

¹⁶⁰ Bieberbach, der sich von seinen nationalsozialistischen Freunden übergangen fühlte und von der Klasse brüskiert worden war, blieb zwar Sekretar und damit weiter in der Akademieleitung, hielt sich nun aber deutlich zurück.

¹⁶¹ Daß die Akademie seit 1943 ohne satzungsgemäß gewählten Präsidenten auskommen mußte, teilte sie mit der Preußischen Akademie der Künste, die seit dem Tod ihres letzten gewählten Präsidenten Max von Schillings im Juli 1933 von kommissarischen Präsidenten geleitet wurden. Vgl. Stiftung Akademie der Künste (Hrsg.), „... alle, die zu dieser Academie Beruffen“, S. 347.

¹⁶² Vgl. Nötzoldt, „Wissenschaft in Berlin“, S. 15–36.

¹⁶³ Vgl. Hammerstein, *Deutsche Forschungsgemeinschaft*, S. 537.

Literatur

- Albert Einstein in Berlin 1913–1933. Teil I: Darstellung und Dokumente, bearbeitet von Christa Kirsten und Hans-Jürgen Treder (= Studien zur Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Bd. 6), Berlin 1979.
- Albrecht, Hellmuth und Armin Hermann: „Die KWG im Dritten Reich (1933–1945)“, in: Vierhaus/vom Brocke, *Forschung im Spannungsfeld*, S. 356–406.
- Becker, Carl Heinrich: „Probleme der Wissenschaftspflege“, in: *Recht und Staat im Neuen Deutschland*. Vorlesung in der Deutschen Vereinigung für Staatswissenschaftliche Fortbildung, hrsg. von Bernhard Harms, Bd. 1, Berlin 1929, S. 437–462.
- Brocke, Bernhard vom: „Die KWG in der Weimarer Republik. Ausbau zu einer gesamtdeutschen Forschungsorganisation (1918–1933)“, in: Vierhaus/vom Brocke, *Forschung im Spannungsfeld*, S. 197–355.
- Dokumente zur Geschichte der Berliner Akademie der Wissenschaften von 1700 bis 1900*, hrsg. von Werner Hartkopf und Gert Wangermann, Berlin 1991.
- Düwell, Kurt: „Staat und Wissenschaft in der Weimarer Epoche. Zur Kulturpolitik des Ministers C. H. Becker“, in: *Historische Zeitschrift* 212, Beiheft 1 (1971).
- Eibl, Christina: *Der Physiko-Chemiker Peter Adolf Thiessen als Wissenschaftsorganisator 1899–1990*. Eine biographische Studie, Diss. Frankfurt/Main 1998.
- Fuchs, L. H.: „Hugo Krüss“, in: *Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie* 1 (1954), S. 110–123.
- Grau, Conrad, Wolfgang Schlicker und Liane Zeil: *Die Jahre der faschistischen Diktatur 1933 bis 1945* (= Berliner Akademie der Wissenschaften in der Zeit des Imperialismus, Bd. 3), Berlin 1979.
- Hammerstein, Notker: *Die Deutsche Forschungsgemeinschaft in der Weimarer Republik und im Dritten Reich*. Wissenschaftspolitik in Republik und Diktatur 1920–1945, München 1999.
- Hohlfeld, Rainer, Jürgen Kocka und Peter Th. Walther: „Vorgeschichte, Struktur, wissenschaftliche und politische Bedeutung der Berliner Akademie im Kaiserreich“, in: Kocka, *Preussische Akademie*, S. 399–463.
- Kampe, Norbert: „Editorisches Nachwort. Die Mitglieder der Akademie im Wandel der Zeiten“, in: *Stiftung Akademie der Künste* (Hrsg.), „... alle, die zu dieser Academie Beruffen“, Berlin 1996, S. 348–361.
- Kleinert, Andreas: „Lenard, Stark und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Auszüge aus der Korrespondenz der beiden Physiker 1933 und 1936“, in: *Physikalische Blätter* 36 (1980), S. 35–43.
- Kocka, Jürgen (Hrsg.) unter Mitarbeit von Rainer Hohlfeld und Peter Th. Walther: *Die Königliche Preussische Akademie der Wissenschaften zu Berlin im Kaiserreich* (Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Berliner Akademiegeschichte im 19. und 20. Jahrhundert), Berlin 1999.
- Laitko, Hubert u. a. (Hrsg.): *Wissenschaft in Berlin*. Von den Anfängen bis zum Neubeginn nach 1945, Berlin 1987.
- Moser, Hugo und Karl Th. Schäfer: „Werner Richter 1887–1960“, in: *150 Jahre Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn 1818–1968*. Bonner Gelehrte (= Beiträge zur Geschichte der Wissenschaften in Bonn, Bd. 2), Bonn 1970, S. 157–167.
- Müller, Guido: *Weltpolitische Bildung und akademische Reform*. Carl Heinrich Beckers Wissenschafts- und Hochschulpolitik 1908–1930, Köln 1991.
- Nötzoldt, Peter: „Wissenschaft in Berlin – Anmerkungen zu ersten Nachkriegsjahr 1945/46“, in: *Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien* 5 (1995), S. 15–36.
- Renn, Jürgen, Guiseppa Castagnetti und Peter Damerow: „Albert Einstein. Alte und neue Kontext in Berlin“, in: Kocka, *Preussische Akademie*, S. 333–354.
- Richter, Steffen: „Die ‚Deutsche Physik‘“, in: *Naturwissenschaft, Technik und NS-Ideologie*. Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte im Dritten Reich, hrsg. von Herbert Mehrrens und Steffen Richter, Frankfurt/Main 1980, S. 216–242.
- Richter, Werner: „Die Organisation der Wissenschaft in Deutschland“, in: *Forschungsinstitute*, Bd. 1, Berlin 1930, S. 12.

- Schlicker, Wolfgang: *Von der großen Sozialistischen Oktoberrevolution bis 1933* (= Berliner Akademie der Wissenschaften in der Zeit des Imperialismus, Bd. 2), Berlin 1975.
- Schmidt-Ott, Friedrich: „Die Kulturaufgaben und das Reich“, in: *Internationale Monatsschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik* 13 (1919), S. 451–464.
- Schmidt-Ott, Friedrich: *Erlebtes und Erstrebtes. 1860–1950*, Wiesbaden 1952.
- Schulze, Hagen: *Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie*, Frankfurt/Main 1977.
- Schulze, Winfried: *Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft 1920–1995*, Berlin 1995.
- Stiftung Akademie der Künste (Hrsg.): „... alle, die zu dieser Academie Beruffen“, Berlin 1996.
- Stiftung Akademie der Künste (Hrsg.): „... und die Vergangenheit sitzt immer mit am Tisch.“ Dokumente zur Geschichte der Akademie der Künste (West) 1945/54–1993, Berlin 1996.
- Szöllösi-Janze, Margit: *Fritz Haber 1868–1934. Eine Biographie*, München 1998.
- Treue, Wilhelm: „Friedrich Schmidt-Ott“, in: ders. und Karlfried Gründer (Hrsg.), *Wissenschaftspolitik in Berlin. Minister, Beamte, Ratgeber* (= Berlinische Lebensbilder, Bd. 3), Berlin 1987, S. 235–250.
- Vahlen, Theodor: „Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung im nationalsozialistischen Staate“, in: *Grundlagen, Aufbau und Wirtschaftsordnung des nationalsozialistischen Staates*, Bd. 1, Berlin 1937, S. 5–52.
- Vierhaus, Rudolf und Bernhard vom Brocke (Hrsg.): *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*, Stuttgart 1990.
- Witt, Peter-Christian: „Wissenschaftsfinanzierung zwischen Inflation und Deflation: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1918/19 bis 1934/35“, in: Vierhaus/vom Brocke, *Forschung im Spannungsfeld*, S. 579–656.
- Zierold, Kurt: *Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte – Arbeitsweise – Kommentar*, Wiesbaden 1968.